

UNIA

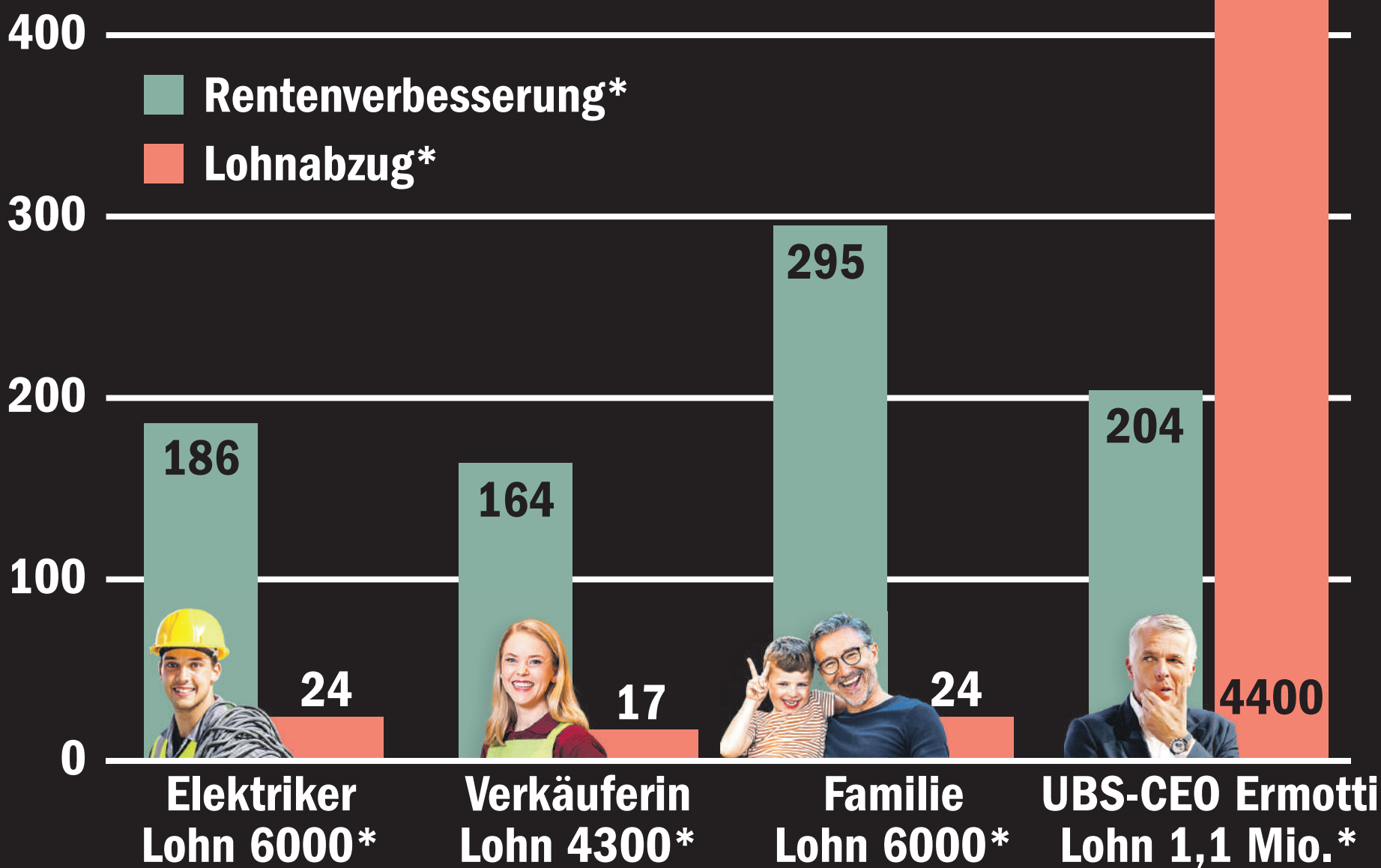


ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

120 Jahre Monopoly: Am Anfang stand eine Feministin. Seiten 10–11

Wer profitiert von einer 13. AHV-Rente?



*in Franken pro Monat

Seiten 5–7

Am Set mit Samir

Der Zürcher Regisseur dreht aktuell «Die wundersame Verwandlung der Arbeiterklasse in Ausländer». Seite 3

Weltweites Super-Wahljahr

Überlebt das die Demokratie? Seiten 12–13

Ferien-Verfall?

Können Überstunden und Ferien tatsächlich verjähren? Und was ist eigentlich der grosse Unterschied zwischen Überzeit und Überstunden? Der work-Ratgeber weiss es. Seiten 16–17





LANG LEBE DIE UMVERTEILUNGSMASCHINERIE

Terroristen, Extremisten, Kriminelle. Das sind noch die anständigeren Bezeichnungen für Leute, die in den vergangenen Monaten Autobahnen blockierten: mit ihren blossen Händen, für das Überleben der Menschheit, für mehr Klimaschutz.

BLOCKADE. Ganz anders das Echo auf die deutschen Bauern: Mit Traktoren, begleitet von Galgen und rechten Parolen, blockierten sie ebenfalls Autobahnen. Für ihr persönliches Überleben, für weniger Klimaschutz. Doch niemand empörte sich

Umverteilung ist kein Schimpfwort, sondern sozialer Kitt.

über die eingeschränkte Fahrt für freie Bürger, ganz im Gegenteil. Unmut, der sich in Protesten und Aktionen niederschlägt, gehört zur Demokratie. Deshalb sind auch die Bauernproteste legitim. Ziviler Ungehorsam wird jedoch mit unterschiedlichen Ellen gemessen. Dieselben Politiker und Medien, die gegen die Klimakleber hetzten und sie als Gefahr für die Demokratie bezeichneten, zeigen jetzt Gleichmut oder gar Verständnis für viel aggressiveres Gedankengut.

GEFAHR. Zum Beispiel für den Mythos der «Eliten», die uns verraten hätten. Solches Gedankengut führte in den USA zum Sturm der Trump-Anhänger auf das Capitol. Noch schlimmer: die Idee der «Remigration», die zuletzt an einem Geheimtreffen in Potsdam diskutiert wurde. Die millionenfache Ausschaffung von Migrantinnen und Migranten als Lösung aller Probleme. Unmut zu nutzen für eine falsche Skandalisierung von Migration ist brandgefährlich und eine Gefahr für die Demokratie (Seiten 12 und 13).

Dass sich Frust und Missmut vielerorts breitmachen, ist durchaus verständlich. An das neoliberale Versprechen, dass es immer aufwärtsgeht, mag niemand mehr so richtig glauben. Viele chrampfen tagein, tagaus, und das nicht zu knapp. Und trotzdem bleibt am Ende des Geldes noch so viel Monat übrig. Weil Mieten, Prämien und Teuerung immer mehr steigen, Löhne und Renten sich aber mehr und mehr nach unten neigen.

KITT. Die rechte Antwort auf dieses Problem: weniger Migration. In der Argumentation hier nur sehr leicht verkürzt wiedergegeben. Die linke Antwort: mehr sozialer Ausgleich. Aktuell mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente, über die wir am 3. März abstimmen (die ausführliche Argumentation finden Sie auf Seite 5). Ja, liebe NZZ als rechtsbürgerliches Sprachrohr, die AHV ist eine Umverteilungsmaschine. Aber nein, Umverteilung ist kein Schimpfwort, sondern sozialer Kitt. Anders als NZZ-Inlandchefin Christina Neuhaus müssen wir nicht auf scheinbar zufällig mitgehörte Zuggespräche in der 1. Klasse von angeblich reichen Rentnerinnen zurückgreifen, die sich über ihre 1.-Klass-GA freuen und in der Welt herumjetten. Wir haben mit echten Menschen gesprochen, die mit Namen und Foto hinstehen und sagen, wieso es diese 13. Rente jetzt dringend braucht (Seiten 6 und 7).

Tiefer Fall: Henrique Schneider wird SVP-Generalsekretär Plagiator, Plagööri, Parteisekretär

Abgelehnt bei Economiesuisse, abgesägt beim Gewerbeverband, abgedankt bei der Wettbewerbskommission. Sogar den «Professoren»-Job ist Henrique Schneider jetzt los. Aber von der SVP gibt's ein Chef-Pöstli!

JONAS KOMPOSCH

Diese Ansage überraschte nur mässig: Henrique Schneider (46) übernehme ab 1. März das Generalsekretariat der SVP. Dies teilte die Sünnelipartei am 18. Januar «erfreut» mit. Schneider sei «eine profilierte Persönlichkeit» mit einem «sehr überzeugenden Leistungsausweis».

Ein Experte bezeichnet Schneider als Serien-Plagiator.

Zur Erinnerung: Der Appenzeller Wirtschaftswissenschaftler amte in den letzten 14 Jahren beim Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) lange als Stellvertreter des Direktors Hans-Ulrich Bigler (65). Dieser lief kurz vor der Pensionierung von der FDP zur SVP über. Schneider sollte beim Gewerbeverband in seine Fussstapfen treten. So wollten es die SGV-Delegierten, die ihn zum neuen Direktor wählten – einstimmig! Dabei passte die Personalie überhaupt nicht allen.

GEWERBLER ZOFFEN

Mühe bekundeten besonders solche Gewerbetreibende, die ihren Verband nicht mehr als Seitenwagen der SVP sehen wollten. Mit Schneider schien das nicht zu klappen. Zwar gab dieser sich zuletzt als parteilos aus, doch noch 2020 hatte er sich in der «Weltwoche» als SVP-Mitglied geoutet. So oder so stand sein ideologischer, zuweilen libertärer Rechtskurs fest. Selbst von der extrem rechten Alternative für Deutschland (AfD) hatte er Aufträge angenommen.

Besorgt waren auch jene Wirtschaftsfractionen, die auf gute Beziehungen mit Europa aus sind, also zum Beispiel Economiesuisse, der traditionell freisinnige Dachverband des Grosskapitals. Dessen Vertreter hatte Schneider einmal als «Sozis vom Hegibach» beleidigt – weil sie zu Kom-



HOCHSTAPLER MIT NEUEM JOB: Schneider hatte Professuren vorgetäuscht und wurde des Plagiats überführt, bei der SVP übernimmt er nun das Generalsekretariat. FOTO: KEYSTONE

promissen mit den Gewerkschaften bereit seien! Aus seiner Schimpfis klang aber auch Verbitterung. Immerhin hatte er sich einst selbst bei Economiesuisse beworben – wurde dort aber dankend abgelehnt.

Im Gewerbeverband bahnte sich jedenfalls ein Machtkampf an – erst recht, als die Schneider-Skeptiker scharfe Munition aus dem Hause NZZ erhielten.

MIT FALSCHEN TITELN GESCHMÜCKT

Deren Sonntagsausgabe schoss Schneider regelrecht ab. Sie zeigte, dass der designierte Direktor seit Jahren in seinen «wissenschaftlichen» Veröffentlichungen systematisch abgeschrieben hatte. Und dass er zwei Professuren, nämlich an den Universitäten Wien und Graz, vorgetäuscht hatte. Dabei berief sich die Zeitung auf ein Gutachten des renommierten Plagiatsexperten Stefan Weber. Dieser bezeichnet Schneider heute als «Serien-Plagiator und Titel-Hochstapler».

Wenig später legte die «NZZ am Sonntag» nach: Schneider sei einst ein Schlapphut beim Nachrichtendienst des Bundes gewesen. work wiederum listete all die dubiosen Rechtsaussagen-Postillen auf, in denen Schneider publiziert. Für seine angeblichen «unternehmerischen Tätigkeiten» liessen sich hingegen kaum Spuren finden.

Schliesslich machte die «Handelszeitung» publik, dass Schneider heimlich einen Job als Kartellrichter angenommen hatte – in England! Brisant war das, da Schneider auch in der Schweizer Wettbewerbskommission (Weko) sass, aber diese über seine neue Funktion in Unkenntnis liess – trotz wahrscheinlichen Interessenkonflikten.

SCHLUSS AUCH IN NORDAKADEMIE

Nun brach im SGV definitiv Streit aus. Auf der einen Seite standen die Schneider-Gegner um SGV-Präsident Fabio Regazzi und den Einsiedler Bierbaron Alois Gmür (beide Mitte). Im Pro-Lager taten sich besonders die Nationalräte Thomas Hurter und Benjamin Giezendanner (beide SVP) hervor. FDP-Vertreter wiederum weibelten auf beiden Seiten – also gegeneinander. Eine klare Mehrheit zog letztlich die Reissleine. Schneiders Wahl wurde widerrufen, und seit Ende Jahr ist seine SGV-Karriere ganz beendet. Auch die Funktion bei der Weko hat er nicht mehr inne. Vorbei ist's auch bei der Nordakademie, also ausgerechnet jener Privatuni, die Schneider als «Professor» führte, obwohl dieser keine Habilitation hat. Das Arbeitsverhältnis sei per 31. Dezember «eilvernehmlich beendet» worden, gibt die Uni auf Anfrage bekannt.

Auf dem Weg zum ersten Kita-GAV der Deutschschweiz Aufbruchstimmung in Zürcher Kitas

Betreuerinnen und Betreuer in Kitas haben permanenten Stress und viel zu tiefe Löhne. Das soll der erste GAV der Branche jetzt ändern.

IWAN SCHAUWECKER

«237 Kitas unter einem GAV! Das rocken wir!» schreibt der VPOD Zürich euphorisch auf seiner Facebook-Seite. Am 20. Januar kamen in der Stadt Zürich Kita-Mitarbeitende zusammen, um

Es geht um bessere Betreuungsverhältnisse und genügend Zeit, um den Beruf auszuüben.

ihre Anliegen im Hinblick auf die GAV-Verhandlungen zu besprechen. Das Ziel ist der Abschluss des ersten Vertrags für Kita-Mitarbeitende in der Deutschschweiz.

EIN BERUF MIT VERANTWORTUNG

Laut der VPOD-Gewerkschaftssekretärin Martina Flühmann war bei der gut besuchten Versammlung Aufbruchstimmung zu spüren. «Die Antstel-

lungsbedingungen sollten in Zukunft auf jeden Fall der Verantwortung der Kita-Mitarbeitenden gerecht werden», sagt Flühmann. Im Frühling werden die Verhandlungen für einen Stadtzürcher GAV mit Kibesuisse beginnen, dem Verband Kinderbetreuung Schweiz. Die nächste Versammlung mit dem Kita-Personal findet am 22. Februar statt. Dann werden auch die Forderungen und Verhandlungsziele konkretisiert. Für Kita-Mitarbeitende sind nicht nur die tiefen Löhne ein Problem. Es geht auch um bessere Betreuungsverhältnisse und genügend Zeit, um den Beruf professionell und ohne Stress auszuüben. Wegen mieser Arbeitsbedingungen verlassen immer noch sehr viele Betreuungspersonen den Beruf.

KINDERBETREUUNG ALS SERVICE

Im Sommer 2023 wurde auch die Volksinitiative «für eine gute und be-



GUGUSELI: Kinderbetreuung ist für viele eine Herzensangelegenheit, doch wegen mieser Arbeitsbedingungen verlassen immer mehr den Beruf.

FOTO: KEYSTONE

zahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle» eingereicht. Sie will die Finanzierung der externen Kinderbetreuung mit einem am Service public orientierten Modell ersetzen. Nehmen die Schweizer Stimmberechtigten die Initiative an, wird die vorschulische Kinderbetreuung massgeblich vom Bund zusammen mit den Kantonen finanziert werden. Das würde zu einer massiven finanziellen Entlastung der Eltern und zu mehr Gleichberechtigung in den Familien führen. Doch bei den Arbeitsbedingungen der Kita-Betreuerinnen und -Betreuer bleibt die Initiative vage. Deshalb ist es wichtig, dass mit den Verhandlungen für den ersten Kita-GAV in der Branche die Weichen frühzeitig zugunsten der Mitarbeitenden gestellt werden.

Dokumentarfilm: Wie aus Arbeitern Ausländer wurden

Am Set mit Samir

Drei Sulzer-Büezer aus Italien berichten vor laufender Kamera über ihr bewegtes Leben. work hat den Zürcher Regisseur Samir und seine Crew einen Drehtag lang begleitet.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Treffpunkt für den Filmdreh: das Restaurant Cooperativa in Winterthur, das «Copi». Hier gründeten sozialistische Arbeiter 1906 einen Ort für jene, die Heimweh nach Italien hatten. Im Angebot waren Pasta, Salami und Co. zu sehr billigen Preisen. Später kam

«Mit der Arbeit in der Gewerkschaft bekamen wir eine Stimme.»

LUIGI FUCENTESE, 85, FRÜHERER CHEF DER PERSONALKOMMISSION BEI SULZER

ein italienisches Restaurant hinzu. Heute noch lebt das «Copi» von der Italianità, im Ausschank gibt's Campari, Chianti und Crodino.

In diesem Lokal wurde aber nicht nur gut gegessen und getrunken, sondern auch gekämpft. Und zwar für ein besseres Leben der italienischen Einwanderer in Winterthur. Darüber wissen Luigi Fucentese, Francesco Leone und Cosimo Lazzaro genau Bescheid. Und erzählen Filmemacher Samir vor laufender Kamera ihre Geschichte. Den Anfang macht Luigi Fucentese (83), heutiger Präsident vom «Copi». «Ich erinnere mich noch so genau daran: Als ich im Oktober 1961 in Winterthur ankam, war mir so kalt. Der Temperaturunterschied zu meinem Heimatdorf in der Nähe von Pompei kam mir absurd vor!» Seine dicksten Kleider habe er eingepackt. Aber klar, in Winterthur sei ja «Winter», meint er neckisch.

DUNKLES KAPITEL

Der 83jährige spricht über sein Leben als Arbeiter beim Maschinenbauer Sulzer, wo er 45 Jahre lang chrampfte. Und viele Jahre Chef der Personalkommission war. «Mit der Gewerkschaftsarbeit haben wir Italienerinnen und Italiener einen Weg gefunden, eine Stimme zu haben und uns politisch einzubringen», sagt er. Nicht nur das: Fucentese war Parteimitglied der PSI, der Italienischen Sozialistischen Partei, und hat das ECAP mitgegründet, ein gewerkschaftsnahes Institut für Erwachsenenbildung. Und heute hält er als Präsident vom «Copi» den Treffpunkt für die italienische Community weiter am Leben.

Mit seinem Dokumentarfilm «Die wundersame Verwandlung der Arbeiterklasse in Ausländer» will Sa-

mir die Geschichte der Migrantinnen und Migranten der Schweiz erzählen. Dafür trifft er Gewerkschafterinnen, Politiker und Büezerinnen und Büezer. «Wenn eine Fabrikarbeiterin oder ein Bauarbeiter mir gegenüber sitzt und mir die Lebensgeschichte mit all den Tiefen erzählt – das bewegt mich am meisten bei den Dreharbeiten!»

Im Film thematisiert Regisseur Samir auch die Fremdenfeindlichkeit, die sich 1970 mit der Schwarzenbach-Initiative zuspitzte – Tausenden Migrantinnen und Migranten drohte bei einem Ja die Ausschaffung. Die Initiative wurde nur knapp abgelehnt. Auch Fucentese erinnerte sich an dieses dunkle Kapitel, denn auch unter den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gab es Sympathisanten für die radikale Initiative.

EINE EIGENE SPRACHE

Im vergangenen Herbst präsentierte Samir bei einer kleinen Tour erste Ausschnitte. «Wir erzählen die Geschichte von Tausenden Migrantinnen und Migranten», sagt er. Auch bei work war ein kleiner Ausschnitt aus dem Dokumentarfilm zu sehen: ein Interview mit Frauenstreik-Anführerin Christiane Brunner (rebrand.ly/ChristianeBrunner).

Als nächster steht Francesco Leone (73) vor der Kamera. Dafür bereitet Samirs Filmcrew eilig das neue Set vor. Sobald Licht, Kamera und Ton stimmen, beginnt Leone zu erzählen. Für den Filmdreh hat er extra ein altes Arbeitstüch angezogen, in verblasster Schrift ist das Logo von Sulzer zu erkennen. Mit 19 Jahren wanderte er nach Winterthur aus. Obwohl er nicht der einzige Italiener bei Sulzer war, gab es Schwierigkeiten, sich zu verständigen. «Alle hatten einen eigenen Dialekt, einige kamen ja auch aus Spanien. Also haben wir eine eigene Sprache erfunden, die alle mehr oder weniger verstanden», sagt er.

TRÄNEN IN DEN AUGEN

Beim letzten Protagonisten, Cosimo Lazzaro (82), steht die Filmcrew lichttechnisch vor Herausforderungen. Langsam geht die Sonne unter, deshalb richten sie draussen vor dem Fenster eine Lichtinstallation als Ersatzsonne ein. Lazzaro blickt auf die 60 Jahre zurück, die er bereits in Winterthur lebt, und auf sein Arbeitsleben bei Sulzer. Er engagierte sich in vielen Vereinen, etwa den «Colonie Libere». Diese wurden von Antifaschisten während des Zweiten Weltkriegs

«Wir können nicht die Zukunft ändern, ohne die Vergangenheit zu kennen.»

SAMIR, FILMEMACHER

gegründet und setzen sich für ein besseres Leben für italienische Migrantinnen und Migranten in der Schweiz ein. Lazzaro war immer politisch engagiert, einbürgern liess er sich aber nicht. Der Grund: «Ich habe mein ganzes Leben lang hart für dieses Land gearbeitet. Man müsste mir den Schweizer Pass schenken!»

Als Regisseur Samir die Schwarzenbach-Initiative anspricht, erzählt Lazzaro von Rassismus und der Ausgrenzung im Alltag. Urplötzlich wechselt er das Thema, hat Tränen in den Augen. Diese Reaktion kennt Samir bereits von anderen Protagonistinnen und Protagonisten: «Viele haben den Rassismus verdrängt und immer versucht, das Positive zu sehen.» Diese persönlichen Geschichten spornen Filmemacher Samir weiter an. Denn: «Wir können nicht die Zukunft ändern, ohne die Vergangenheit zu kennen.»



BEI DER ARBEIT: Filmemacher Samir (Mitte links) hat in Winterthur italienische Einwanderer getroffen, die Jahrzehnte bei Sulzer arbeiteten. Luigi Fucentese (oben) spricht über seine gewerkschaftliche Arbeit, Francesco Leone (Mitte rechts) über die Sprache der Arbeiter und Cosimo Lazzaro (unten rechts) über Rassismus im Alltag. FOTOS: FILMCREW (2), DAK (2), DOMINIQUE MEIENBERG / TAGES-ANZEIGER (1)

Preisgekrönter Filmemacher

Filmemacher Samir, geboren 1955 in Bagdad, Irak, kam als Sechsjähriger mit seinen Eltern nach Zürich. Er absolvierte eine Lehre als Typograph, engagierte sich gewerkschaftlich und ist heute als Regisseur tätig. Für seine Arbeiten hat Samir zahlreiche Preise erhalten. Sein letzter Film, «Baghdad in My Shadow», wurde im work rezensiert: rebrand.ly/Bagdad. Der aktuelle Dokumentarfilm ist bis im Sommer fertiggestellt und feiert am 1. September 2024 Premiere in den Kinos. (dak)

Mindestlohn-Initiative im Wallis 5008 Unterschriften für mindestens 22 Franken Stundenlohn

Jetzt schwappt die Mindestlohnwelle auch ins Wallis rüber: Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Hilfswerken und fortschrittlichen Parteien hat die Walliser Mindestlohninitiative eingereicht. Die kantonale Initiative fordert einen gesetzlichen Mindeststundenlohn von 22 Franken, was einem Monatslohn von brutto rund 4000 Franken entspricht. Für die Bauern ist eine Ausnahme vorge-

sehen: In der Landwirtschaft soll der Mindestlohn bei 18 Franken liegen. Falls die Initiative angenommen wird, könnten etwa 10 Prozent der Walliser Lohnabhängigen mit besseren Löhnen rechnen. Für die Unia Wallis ist die Einführung von Mindestlöhnen auch ein wirksames Instrument gegen Dumpinglöhne und gegen unseriöse Arbeitgeber in Branchen ohne GAV. Weil das Volk in immer mehr

Kantonen und Städten Mindestlöhne beschliesst, wollen die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber jetzt über rechte Parlamentsmehrheiten die Volksentscheide annullieren. Dabei pfeifen sie auf den Föderalismus und die Bundesverfassung.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/milo-vs



FOTO: UNIA

Proteste im Tessin

BELLINZONA. Tausende von Menschen nahmen am 20. Januar an einer Protestdemonstration gegen die Sparmassnahmen im kantonalen Budget 2024 und zur Verteidigung des Service public im Tessin teil. Der Protest wurde von Gewerkschaften und fortschrittlichen Parteien unter dem Slogan «Wir verteidigen den öffentlichen Dienst» organisiert. Kritisiert werden insbesondere die Abbaupläne bei den Prämienverbilligungen und die Sparmassnahmen, welche sich auf die Arbeitsbedingungen und den Service in Alters- und Pflegeheimen negativ auswirken.

Initiative für Kündigungsschutz

BERN. Seit über zwanzig Jahren weigern sich die Arbeitgeber stur, den fehlenden Schutz für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu verbessern. Deshalb hatte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die Schweiz auf eine schwarze Liste gesetzt. Jetzt ist die Einführung von Mindeststandards erneut gescheitert. Weil Wirtschaftsminister Guy Parmelin das Mediationsverfahren sistiert, spricht er beendete. Deshalb bereiten die Gewerkschaften eine Initiative für mehr Kündigungsschutz vor.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/schutz

Rekordumsatz für Migros

ZÜRICH. 31,9 Milliarden Franken Umsatz machte die Migros-Gruppe im letz-

Argentinischer Präsident am WEF «Experte» für soziale Spaltung



FOTO: KEYSTONE

Diese Woche haben die wichtigsten Gewerkschaften Argentiniens zum Generalstreik aufgerufen. Der Grund: das Regierungsprogramm und die ersten Amtshandlungen des rechtsextremen argentinischen Präsidenten Javier Milei und seiner Partei «La Libertad Avanza». Der

ten Jahr. Das ist ein Rekord! Im Schnitt sind das gut 60 000 Franken, die pro Minute in den Kassen des orangenen Riesen landeten. Für die Unia ist klar: Dieser Rekordumsatz muss auch der Belegschaft zugutekommen. In Form von höheren Real- und Mindestlöhnen. Sowie einer Aufstockung des Personalbestands. Umso mehr, als die Migros kürzlich beschlossen hat, das Rentenalter zu erhöhen. Bisher konnten sich alle, auch die Männer, mit 64 pensionieren lassen. Weil Frauen mit der AHV-Reform die Rente erst mit 65 erhalten, müssen bei der Migros neu auch die Männer ein Jahr länger arbeiten.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/rekord

frisch gewählte Präsident war auf seiner ersten Auslandsreise am WEF in Davos und wurde dort von seinen neoliberalen Freunden warm empfangen. Sie wittern in Argentinien das grosse Geld. Denn Milei will die historischen Errungenschaften der Gewerkschaften in Argentinien zunichtemachen, die Gesamtarbeitsverträge auflösen und zu einem oligarchischen System zurückkehren.

Alejandro Jasinski lebt in Buenos Aires. Der Historiker, Journalist und Gewerkschafter berichtet für die workzeitung über die Hintergründe der dramatischen Lage in Argentinien.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/argentinien

Streikankündigung in Genf

GENÈVE. Die Mitarbeitenden der Genfer Verkehrsbetriebe (TPG) und die Gewerkschaften SEV und Transfair fordern mehr Lohn und die Schaffung von zusätzlichen Stellen. Sie haben deshalb einen eintägigen Streik angekündigt. Erste Gespräche zwischen der Direktion der Verkehrsbetriebe und den Gewerkschaften haben lediglich zu einer Lohnerhöhung von 1 Prozent für das Jahr 2024 geführt. Die Gewerkschaften fordern eine Lohnerhöhung von 1,2 bis 1,5 Prozent und die Schaffung von 50 bis 70 zusätzlichen Stellen, um die Reserve an Fahrerinnen und Fahrern aufzustocken. So könnten kurzfristige Personalabwesenheiten besser ausgeglichen werden.

Mehr Lohn an Tankstellen

Die hohe Teuerung lässt die neuen Mindestlöhne in den Tankstellen-shops bereits wieder alt aussehen. Gemessen an der Kaufkraft, sind die Löhne an den Tankstellen in den letzten zwei Jahren nicht gestiegen, sondern gesunken! Für die Gewerkschaften Unia und Syna sowie den Kaufmännischen Verband (KV) ist deshalb klar: Die Mindestlöhne müssen so rasch wie möglich erhöht werden, und zwar um 300 Franken.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/tankstellen

Jungfreisinnige verärgern Baubüezer

BERN. Seit gut 20 Jahren gibt es auf dem Bau den flexiblen Altersrücktritt (FAR). Die Bauleute haben sich den FAR erkämpft, weil sie oft körperlich belastende und gefährliche Arbeitsbedingungen haben. Nun gefährdet eine Initiative der Jungfreisinnigen diese Errungenschaft. Nicht nur im Bauhauptgewerbe droht ein «Total-

schaden». Auch die Frühpensionierungslösungen in anderen exponierten Branchen sind gefährdet.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/jungefdp

Oltnen Grusel-Heim

OLTEN. work berichtete 2017 über die unhaltbaren Zustände im Altersheim Weingarten in Olten. Nicht nur die Hygiene war katastrophal, es kam unter der autoritären Heimleiterin auch zu willkürlichen Kündigungen und zu häufigen Wechseln in der Belegschaft. Dennoch dauerte es volle sechs Jahre, bis der Kanton Solothurn die damaligen Missstände untersuchte und in einem Untersuchungsbericht bestätigte. Seither hat sich im Heim offenbar vieles verbessert, und der Kanton hat die Fortführung des Heimbetriebs für die nächsten zwei Jahre bewilligt.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/heim

Streik in der Levis-Textilfabrik

URFA. 450 von 700 Arbeiterinnen und Arbeitern von Özak Tekstil, einer Kleiderfabrik im Südosten der Türkei, sind aus der gelben Gewerkschaft ausgetreten und der roten Gewerkschaft Birtek-Sen beigetreten. Özak Tekstil beliefert weltweit Levis- und Zara-Läden. Die Fabrikleitung reagierte auf den gewerkschaftlichen Aufbau mit Schikanen und Drohungen. Auf die Entlassung einer Arbeiterin folgten eine Arbeitsniederlegung sowie ein Sitzstreik vor der Fabrik. Die Bezirksregierung hat Demonstrationen und Veranstaltungen in der Stadt Urfa in der Folge verboten und die Polizei gegen die Protestierenden eingesetzt. Nach sieben Wochen Widerstand folgte diese Woche ein Protest gegen die gewerkschaftsfeindlichen Massnahmen vor dem Hauptsitz der Özak Holding in Istanbul.

Energiewende Grüner Strom ganz ohne Atom



FOTO: KEYSTONE

Die Fondation Franz Weber reichte letzte Woche das Referendum gegen das neue Stromgesetz ein. Damit wird die Schweizer Stimmbevölkerung über die zukünftige Stromversorgung in der Schweiz abstimmen. Falls das neue Stromgesetz angenommen wird, wird die erneuerbare Energie in der Schweiz massiv ausgebaut, insbesondere mit dem Zubau von Solaranlagen. Eine neue Studie der ETH und Schweizer Hochschulen zeigt, wie die zukünftige Stromerzeugung mit Erneuerbaren und ohne AKW und fossile Kraftwerke funktionieren kann. Ein Szenario der Studie setzt auf den Bau von Solaranlagen auf Dächern und Fassaden von bestehenden Gebäuden, auf Solarparks im Tessin und im Wallis. Für den Ausbau und Unterhalt der Anlagen werden 50 000 zusätzliche Personen als Monteure und Stromerinnen arbeiten.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/stromgesetz



FOTO: KEYSTONE

Bahnstreiks und Bauernblockaden 6-Tage-Bahnstreik in Deutschland

Die Lokführergewerkschaft GDL macht den Bahnmanagern in Deutschland weiter Dampf: Auch diese Woche steht die Bahn in unserem Nachbarland still.

Die Gewerkschaft fordert für Lokführerinnen und Lokführer 555 Euro mehr Lohn und für Schichtarbeit eine Reduktion der Arbeitszeit von 38 auf 35 Stunden pro Woche, und dies bei vollem Lohnausgleich. Die Deutsche Bahn AG konnte die Gewerkschaft bisher nicht an den Verhandlungstisch

zurückbringen. Auch in dieser vierten Streikwelle, die bis am nächsten Montag dauern soll, ist noch keine Einigung in Sicht. In einer Urabstimmung haben sich die Gewerkschaftsmitglieder auch für weitere unbefristete Streiks ausgesprochen. In Deutschland legten in den letzten Wochen aber nicht nur die Lokführer den Verkehr lahm, auch die Bauern waren auf der Strasse.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/bahnstreik

work im Web: So finden Sie uns!



Neu finden Sie täglich neue Artikel auf www.workzeitung.ch auf Ihrem Computer, Tablet oder Handy. Auf Ihrem Handy-Bildschirm können Sie einen direkten Link erstellen, work erscheint dann so wie in einer App. Und so geht's: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari etc.). Für I-Phone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm». Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.



Unser Facebook-Kanal: work finden Sie auch auf Facebook. Täglich halten wir auf unserem Kanal unsere Leserschaft auf dem Laufenden. Sie finden uns unter dem Namen **«work – die Zeitung der Gewerkschaft»**. Drücken Sie auf der Startseite das «Gefällt mir»-Symbol, spielt es in Zukunft work-Beiträge auf Ihre Facebook-Startseite.



Unser Instagram-Profil: Hier sind wir unter dem Namen **@workzeitung** zu finden. Auf Instagram teilen wir Beiträge zu aktuellen work-Artikeln, geben Veranstaltungstipps und berichten mit Fotos und Videos direkt von Demos oder anderen Aktionen.



Abstimmung vom 3. März: Die AHV ist kerngesund. Der AHV-Dreizehnte dringend nötig.

Ein paar Fakten gegen die rechte Panikmache

Der Kaufkraftverlust der Rentnerinnen und Rentner ist enorm. Eine 13. AHV-Rente könnte ihn ein wenig ausgleichen. Jetzt verkaufen Gegnerinnen und Gegner alte falsche Behauptungen als neue Erkenntnisse. Ein paar Fakten und ein paar Richtigstellungen.

CLEMENS STUDER

Ist die AHV bald bankrott?

Im Gegenteil! Auch wenn die Finanzindustrie, Arbeitgeberverbände und die Bundesverwaltung die AHV seit Jahrzehnten krank bis tot rechnen: Sie ist kerngesund. Die Realität hat die Horrorgnosen immer widerlegt. Denn diese hatten stets politische Schlagseite: Mit der Dauerbe-

Wenn nichts mehr geht, geht ein bisschen Ausländerhass.

hauptung der Krise in der AHV wollte man sie kleinhalten. Zwischendurch gab das Bundesamt für Sozialversicherung auch mal einen «Rechnungsfehler» zu (2009), um dann aber weiterhin zuverlässig Untergangsprognosen zu verkünden. Keines der prophezeiten Milliardenlöcher hat sich je aufgetan. Mit diesen falschen Prognosen wird seit über 20 Jahren falsche Politik für die Mehrheit in diesem Land gemacht und werden angeblich dringend nötige Sparmassnahmen aufgegleist. Aktuell will FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter (die 259 Milliarden für die CS-Rettung aus dem Hut zauberte) die Witwenrenten faktisch abschaffen. Tatsache ist: Die AHV ist solide finanziert und schreibt auch in den nächs-

ten Jahren Milliardengewinne. Dabei sind ihre Reserven heute bereits so hoch wie nie zuvor.

Wieso sollen auch Milliardäre eine 13. AHV-Rente bekommen?

Nur denen, die es nötig haben, soll mehr AHV ausbezahlt werden. Das tönt auf den ersten Blick vernünftig. Ist aber eine rechte Falle. Denn die grosse Stärke der AHV ist, dass der UBS-Boss mehr einbezahlt als die Verkäuferin, seine Rente aber trotzdem gedeckelt ist. Schon AHV-Vater Hans-Peter Tschudi sagte: «Der Reiche braucht die AHV nicht, aber die AHV den Reichen.» Würden jetzt nicht alle eine 13. Rente erhalten, würden die Superverdiener bald verlangen, dass sie nicht mehr auf den ganzen Lohn AHV-Beiträge abliefern müssten. Das wäre das Ende der solidarischen Finanzierung, die unsere AHV so sicher und solide macht. Auf den Punkt: Wer jetzt gegen das «Giesskannenprinzip» polemisiert, will in Wahrheit den Gartenschlauch von den höchsten Einkommen zur AHV abklemmen.

Waren die rechten Parteien schon immer so geizig?

So richtig begeistert waren die Sponsoren der bürgerlichen Parteien von der solidarisch finanzierten AHV nie. Es gab aber tatsächlich auch schon mal andere Zeiten, als auch die bürgerlichen Parteien Verantwortung für eine soziale Altersvorsorge übernahmen. Zum Beispiel in den 1970er Jahren, als das Parlament die AHV-Renten verdoppelte (!). Bald danach setzte die marktradikale ideologische Wende ein. Seither wollen FDP und SVP die Sozialwerke nicht nur nicht mehr stärken, sondern schwächen sie, wann immer sie können. In den letzten Jahren tatkräftig unterstützt von der GLP.

Kassieren «die Ausländer» ab?

Das alte üble Motto von den Rechten: Wenn nichts mehr geht, geht ein bisschen Ausländerhass immer. Offen oder verklausuliert. Tatsache ist: Menschen ohne Schweizer Pass bezahlen mehr in die AHV ein, als sie beziehen. Sie leisten 32 Prozent der Beiträge und erhalten 18 Prozent der Renten. Und wer die Schweiz verlässt, hat keinen Anspruch auf Ergänzungsleistungen (gilt auch für Schweizerinnen und Schweizer).

Warum sinken die Renten-Einkommen so massiv?

Die AHV-Renten sind stabil. Dagegen sinken die Pensionskassen-Renten seit Jahren, obwohl immer höhere Lohnbeiträge an Banken und Versicherungen fliessen. Die Ursachen: Mit dem Altersguthaben der Versicherten wird im internationalen Finanzcasino spekuliert. Das ist gut für Banken und Versicherungen, ihre Abzocker-Manager und ihr Aktionariat. Nicht gut aber ist das für die Versicherten, an deren Altersvorsorge sich auch noch sogenannte Makler schamlos bedienen. Gleichzeitig sind Teuerung, Mieten und die Krankenkassenprämien massiv gestiegen. Der Kaufkraftverlust ist unterdessen bis weit in die Mittelschicht dramatisch.

Wir werden immer älter. Das ist doch ein Problem!

Nein, das ist in erster Linie eine gute Nachricht. Die Zunahme der Lebenserwartung ist ein Spiegel des wirtschaftlichen, sozialen und medizinischen Fortschritts. Wenn die Wirtschaft wächst, die Produktivität steigt und die Löhne damit Schritt halten, steigen auch die Einnahmen der AHV aus den Lohnprozenten. Das ermöglicht

es, die Alterung der Bevölkerung zu einem grossen Teil aufzufangen. Ausserdem ist der Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner zwischen 15 und 64 Jahren, die Erwerbsarbeit leisten, in der Schweiz im internationalen Vergleich sehr hoch. Auch weil immer mehr Frauen berufstätig sind. Der nackte Vergleich der Anzahl Berufstätigen zu Rentnerinnen und Rentnern ist also eher nichtssagend. Ein Beispiel: Um eine AHV-Höchstrente zu finanzieren, brauchte es 1950 die Beiträge aus der Lohnsumme von 7,3 Beschäftigten. Heute bräuchte es für diese Rente zu heutigen Preisen nur noch die Lohnsumme von etwas über 1,5 Beschäftigten. Kurz: Weil die Produktivität steigt, steigen die Löhne und damit die Einnahmen der AHV. Darum braucht es zur Finanzierung einer Rente immer weniger Beschäftigte.

Die Umfragen sehen zwar gut aus, aber es kommt auf jede Stimme an.

Ist die Abstimmung schon gewonnen?

Nein! Nein! Und nochmals nein! Die Umfragen sehen zwar momentan gut aus. Doch es kommt bis zum 3. März auf jede Stimme an. Die AHV-Gegnerinnen und -Gegner werden noch alles in den Abstimmungskampf werfen, was sie können. Was ihnen an Argumenten fehlt, werden sie mit Geld wettzumachen versuchen. Banken und Versicherungen pumpen mindestens 3 500 000 Franken in ihre Nein-Kampagne. Das ist drei Mal mehr, als die Gewerkschaften für den Abstimmungskampf zur Verfügung haben. Umso wichtiger ist das persönliche Engagement aller, denen es wichtig ist, dass alle in diesem Land auch im Alter in Würde leben können. Dann ist es möglich, am 3. März Geschichte zu schreiben.



VERGOLDET: So absurd ist das Bild der AHV-x13-Gegnerinnen und -Gegner über Reichtum im Alter.

AHV-Gegner rechnen sich Alte reich Reiche Rentnerinnen? Von wegen!

Die Schweizer Rentnerinnen und Rentner leben bis auf wenige Ausnahmen in Saus und Braus. Behaupten die Gegnerinnen und Gegner der Initiative für eine 13. AHV-Rente. Das ist zynisch und falsch.

CLEMENS STUDER

SGB-Präsident und SP-Ständerat Pierre-Yves Maillard ist viel unterwegs. Und er redet mit den Menschen. Er weiss, wo sie der Schuh drückt. Zum Beispiel die Pflegerin, die bis 64 gearbeitet und zwei Kinder allein grossgezogen hat. Sie muss umziehen und sich damit abfinden, eine Einzimmerwohnung zu suchen, weil sie sich eine Zweizimmerwohnung nicht leisten kann. Oder der Maschinenmechaniker, der 45 Jahre Vollzeit in der Schweiz gearbeitet hat und der nicht hiebleiben kann, um seinen Ruhestand in der Nähe seiner Kinder und Enkelkinder zu

Jede fünfte Person im Seniorenalter ist arm oder kurz vor dem Abrutschen in die Armut.

verbringen. Seine und die Rente seiner Frau werden nicht reichen, die Fixkosten in der Schweiz zu bezahlen. Oder die Rentnerin aus einem Freiburger Dorf, die abwechselnd nur jenes Zimmer mit einem Elektroöfeli heizt, in dem sie sich aufhält. Sie hat es sich nicht leisten können, den Öltank vor dem Winter auffüllen zu lassen.

Ähnliche Beispiele kennen wohl alle, die nicht völlig abgehoben in der Welt des reichsten Prozents leben. Und diese Berichte aus dem richtigen Leben provozieren die AHV-Gegnerinnen und -Gegner. Sie haben ihnen nichts entgegenzusetzen ausser «Schaut selbst, wie ihr zu-rechtkommt». Und zynisch rechnen sie sich die Rentnerinnen und Rentner reich. Vorne mit da-bei die NZZ, das Blatt der Finanzindustrie.

AUTO DES JAHRES: OPEL AMPERA

Gönnerrhaft empfiehlt der NZZ-Autor den Gewerkschaften «hard facts». Und verweist auf die Studie: «Die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung im Erwerbs- und Rentenalter» des Genfer Professors Philippe Wanner. Die Studie hat für die NZZ einen grossen Vorteil: sie schreibt in der Tendenz die Seniorinnen und Senioren reich. Und sie hat etliche Haken: das Datenmaterial stammt aus weniger als der Hälfte der Kantone. Und vor allem: aus den Jahren 2011 bis 2015.

Zum Vergleich: 2011 war der Opel Ampera «Schweizer Auto des Jahres», der russische Präsident hielt die Eröffnungsrede am WEF, und der durchschnittliche Umwandlungssatz in der Pensionskasse für einen 65 Jahre alten Mann lag bei 6,74 Prozent. 2022, als die von der NZZ gehypte Studie veröffentlicht wurde, lag er bei 5,43 Prozent. Das bedeutet konkret: Ein 65-jähriger Mann mit einem Altersguthaben von 500'000 Franken bekam beim Erscheinen der Studie bereits 6500 Franken weniger Rente aus der Pensionskasse pro Jahr, macht ein Loch im

Portemonnaie von über 540 Franken pro Monat. Der durchschnittliche Mietzins in der Schweiz für eine Zweizimmerwohnung stieg in der gleichen Zeit von 1000 Franken auf 1111 Franken. Die durchschnittliche Krankenkassenprämie lag 2011 bei 250,42 Franken, im laufenden Jahr sind es 359,50 Franken. Pensionskassenrenten werden nicht – beziehungsweise nur in extrem seltenen Fällen – an die Teuerung angepasst.

«AUSWEGLOSE ARMUT»

Im gleichen Jahr wie die Wanner-Studie erschien der «Altersmonitor» von Pro Senectute. Auch in Zusammenarbeit mit der Universität Genf. Aber mit aktuellen Zahlen. Er zeigt: In der Schweiz lebten 2022 über 200'000 Rentnerinnen und Rentner mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. Das sind fast 14 Prozent – gegenüber 6 Prozent in der erwerbstätigen Bevölkerung. Weitere rund 100'000 Menschen im Rentenalter standen an der Schwelle zur Armut. Jede fünfte Person im Seniorenalter ist arm oder kurz vor dem Abrutschen in die Armut.

Viele Menschen im Rentenalter haben schlicht keine Möglichkeit, ein ungenügendes Einkommen zu kompensieren. Darunter fallen auch Menschen, die sich ein kleines Haus erarbeitet haben, das sie auf dem Papier zu «Reichen» macht. Einerseits erhalten sie unter Umständen deswegen keine Ergänzungsleistungen. Andererseits können sie das Haus nicht einfach zu Geld machen. Und abgesehen von den Belastungen, die ein Umzug im Alter mit sich bringt, ist es meist unmöglich, eine Wohnung zu finden, die weniger kostet als das Eigenheim.

Laut Bundesamt für Statistik haben fast 16 Prozent der über 65-jährigen keine substantiellen finanziellen Reserven, und 11 Prozent haben nicht genug Geld, um eine unvorhergesehene Ausgabe von 2000 Franken zu stemmen. Die Studie von Pro Senectute schätzt die Zahl der Personen, die sich in «auswegloser Armut» befinden und über keinerlei Ersparnisse oder Vermögen verfügen, auf fast 50'000.

«IMMER ENGER»

Seit dem Erscheinen des Altersmonitors von Pro Senectute hat sich die Lage für die Seniorinnen und Senioren weiter zugespitzt. Die kombinierten Renten der ersten und zweiten Säule übersteigen im Schnitt kaum noch 3500 Franken, während das Mediangehalt bei rund 6600 Franken liegt. Die Teuerung, der starke Anstieg der Krankenkassenprämien und die Erhöhung der Mieten seit 2020 alleine kosten eine ganze Monatsrente. Alleinstehende haben rund 3500 Franken weniger zum Leben. Bei den Ehepaaren sind es jährlich mehr als 6000 Franken weniger.

Das macht sich auf den Beratungsstellen der Pro Senectute bemerkbar. So ist alleine im Kanton Aargau die Zahl der Beratungen im vergangenen Jahr um 30 Prozent gestiegen. Pro-Senectute-Geschäftsleitungsmitglied Ruth Treier sagte zum «SRF-Regionaljournal»: «Die Teuerung, die steigenden Mieten und die steigenden Nebenkosten führen dazu, dass es für immer mehr Menschen immer enger wird.» So eng, dass sie um Nothilfe bitten müssen: auch hier haben die Gesuche um einen Drittel zugenommen. Hauptproblem sind Heiz- und Stromkosten. Und das schliesst sich der Kreis zur Freiburger Rentnerin, deren Erwähnung durch SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard die NZZ so provoziert.

Warum eine

Die Gegnerinnen und Gegner die 13. AHV-Rente. work lässt

«Ermöglicht ein würdiges Leben im Alter»

Sonia Mary Narvaez Castro (55), Kinderbetreuerin und Reinigungskraft, Langnau am Albis ZH



FOTO: ISABEL BRUN/TSR.CH

«Was machen Rentnerinnen und Rentner, wenn alles immer teurer wird? Die 13. AHV-Rente kommt genau zur richtigen Zeit. Ich kann leider nicht abstimmen, weil ich noch nicht Schweizerin bin, aber ich sage allen meinen Kolleginnen und Kollegen, dass dies eine wichtige Abstimmung sei. Sie betrifft alle arbeitenden Menschen in der Schweiz, mit oder ohne Schweizer Pass. Vor allem auch für Menschen mit tiefen Löhnen ist die AHV eine sehr gute Sache, die ein würdiges Leben im Alter ermöglicht.

MIETE STEIGT. Ich lebe seit acht Jahren in der Schweiz. Ich wusste, dass das Leben hier teuer

ist, aber es wird immer noch teurer! Gerade wurde mir angekündigt, dass ich bald mehr Miete für meine Wohnung zahlen muss. Und auch die Zugfahrt nach Zürich kostet mehr. Jetzt brauche ich einen Lohn von mindestens 3500 Franken pro Monat. Ich suche einen neuen Job als Reinigungskraft im Zug oder am Flughafen. Natürlich wünsche ich mir in zehn Jahren eine anständige Rente.»

«Gute Chancen, aber wir müssen noch ad Säck»

Erich Haller (68), pensionierter Betriebselektriker, Kreuzlingen TG

«Bis auf eine kurze Phase nach einem Herzinfarkt habe ich immer 100 Prozent gearbeitet. Trotzdem käme ich mit meiner Rente allein nicht über die Runden. Von der AHV habe ich knapp 2200 Franken im Monat, von der Pensionskasse etwa 2000 Franken. Ein guter Teil davon geht schon für Miete und Krankenkasse drauf. Ende Monat zehre ich deshalb jeweils vom Erbe meiner verstorbenen Partnerin. Bei den heutigen Kaufkraftverlusten ist die 13. AHV-Rente das mindeste. Erst recht, wenn man bedenkt, dass unser Parlament nicht einmal fähig ist, den vollen Teuerungsausgleich auf die AHV-Renten zu beschliessen.



FOTO: SP-THURGAU

ANGSTMACHEREI. Die Initiative hat zwar gute Chancen, doch wir müssen noch ad Säck! Denn die rechte Seite kommt bestimmt mit einer grossen Angstkampagne. Dazu gehört auch das Gejammer um das Giesskannenprinzip. Es stimmt: Von einer 13. AHV-Rente werden auch ein paar Millionäre profitieren. Doch was wäre die Alternative? Es würde bedeuten, für jeden Seich einen Antrag stellen zu müssen. Nur damit man anständig leben kann! Aber die AHV ist eben nicht die Sozialhilfe, sondern ein Sozialwerk, das allen zusteht. Und sie ist eine grosse Umverteilungsmaschine, denn Reiche bezahlen viel mehr ein, als sie zurückerbekommen.»

13. Rente? Deshalb!

weibeln mit fadenscheinigen Argumenten gegen Menschen zu Wort kommen, die es direkt betrifft.

«Bei jedem Wetter Unterschriften gesammelt»

Jean Aicher (85), pensionierter Sozialarbeiter, Zürich



FOTO: FLORIAN AICHER

«Ich kann mich ja noch glücklich schätzen, denn ich bekomme die AHV-Maximalrente von 2450 Franken plus 4000 Franken von der städtischen Pensionskasse. Doch nicht einmal mir bleibt Ende Monat viel übrig, obwohl ich sehr bescheiden lebe. Zürich wird halt auch nicht mehr billiger, geschweige denn die Krankenkassenprämien, die Lebensmittel und so weiter. Trotzdem bin ich im Vergleich mit den meisten Rentnern – und besonders im Vergleich mit den Rentnerinnen – privilegiert. Umso mehr setze ich mich für die 13. AHV-Rente ein, die ja eigentlich bloss die Teuerung ausgleicht.

AUF DER STRASSE. Für die Initiative habe ich bei jedem Wetter Unter-

schriften gesammelt und Flyer verteilt. Die Zustimmung war schon da überwältigend. Und doch gab es immer wieder auch Pensionierte, die sagten: «Das interessiert mich nicht, ich komme schon durch.» Paradoxerweise waren das nicht selten Leute, bei denen es zum Zmittag nur Kafmöcke gibt. Die meisten meinten dann aber irgendwann doch: «Moll, eigetlich händ Sie ja rächt.»»

«Die 13. AHV-Rente ist nicht zu viel verlangt»

Peter Leuenberger (64), pensionierter Polier Hochbau, Liebfeld BE

«Im Moment beziehe ich als frühpensionierter Bauarbeiter eine FAR-Rente, und im Mai dieses Jahres werde ich normaler Rentner. Dann werde ich ordeli weniger Geld als jetzt erhalten. Obwohl ich eine Pensionskasse von Marti und eine dritte Säule habe, rechne ich nicht mit mehr als 4000 Franken pro Monat. Das ist nicht viel in einer Zeit, in der alles teurer wird.

FÜR ALLE. Die 13. AHV-Rente ist nicht zu viel verlangt, es ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Aber es ist wenigstens etwas. Und es kommt der ganzen Bevölkerung zugute! Jede und jeder wird eines Tages alt und dann auch eine Rente brauchen, die für das Leben und den Alltag reicht. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Meinen Kollegen vom Bau sage ich: Geht alle JA stimmen, damit wir diesen Kampf gewinnen!»



FOTO: MANU FREIERICH

«Die Renten müssen zum Leben reichen»

Hülya Muhterem Genis (62), Spielgruppenleiterin, Bern

«Ich werde bald pensioniert und lebe glücklicherweise in einer Genossenschaftswohnung in Bern. Ich bin verwitwet und habe meine Tochter alleine grossgezogen. Wie die meisten alleinerziehenden Mütter konnte ich nur 50 Prozent arbeiten. Das bedeutet, dass ich wenig Geld aus der Pensionskasse erhalten werde und Ergänzungsleistungen beziehen muss. Das Geld aus der Pension reicht schon heute bei vielen nicht mehr aus. Gleichzeitig steigen die Mieten, die Krankenkassenprämie ist unglaublich hoch, und die Lebensmittel werden immer teurer.

NICHT DIE EINZIGE. Im Alter sind viele Menschen von Armut betroffen. Deshalb finde ich die 13. AHV-Rente eine sehr wichtige Sache! Die AHV ist keine Sozialhilfe, sondern eine Rente. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss genug Rente erhalten, um in Würde leben zu können!»



FOTO: MATTHIAS LUGGEN

«Meine AHV-Rente beträgt 1235 Franken»

Monika Vinasithamby (67), selbständige Tagesmutter, Bern

«Gelernt habe ich Verkäuferin bei der Migros. Doch schon als Zwanzigjährige wurde ich Mutter. Mit dem Verkäuferinnendasein war es damit vorbei. Dafür begann ich als selbständige Tagesmutter zu arbeiten. Das tue ich noch heute. Fast jeden Tag habe ich Kinder bei mir, obwohl ich seit drei Jahren im Rentenalter wäre. Hauptsächlich arbeite ich noch, weil es mir Freude macht. Aber auch, weil es anders gar nicht ginge. Eine Pensionskasse habe ich nicht, meine AHV-Rente beträgt 1235 Franken, und Ergänzungsleistungen kann ich nicht beantragen. Denn mein Mann ist noch nicht pensioniert. Er ist Magaziner, zuvor war er Gerüstbauer. Mehr als 4800 Franken verdiente er nie. Da macht man keine grossen Sprünge, erst recht nicht, wenn man noch zwei Söhne aufzieht. Und heute sowieso nicht mehr bei dieser Teuerung!

KEIN RESTAURANTBESUCH. Früher habe ich samstags immer einen Gross-einkauf gemacht. Das liegt nicht mehr drin. Jetzt muss ich Tag für Tag schauen, wo es Aktionen gibt. Ins Resti gehen wir nie. Und wenn mein Mann wieder einmal seine Familie in Sri Lanka besuchen will, muss er alleine gehen. Zwei Tickets können wir uns nicht leisten. Es gibt nur etwas, worauf wir nicht verzichten – und wenn wir jedes Füfi umdrehen müssen: unseren Wohnwagen am Neuenburgersee! Aber eine 13. AHV-Rente wäre schon gut. Auch wir Rentnerinnen müssen ja Ende Jahr irgendwie Steuern zahlen!»



FOTO: MATTHIAS LUGGEN



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und die Wünsche

Die Stimmung im Laden war über Weihnachten und Neujahr etwas gelassener. Es lief nicht viel. Meine Stammkundinnen und -kunden waren in den Bergen oder an der Sonne. Berge und Sonne müssen auf uns, die vom Verkauf, warten. Wir haben in dieser Zeit eine Feriensperre. Der Vorteil in meinem Laden



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

ist: zwei Wochen nicht umherhetzen. Und wir haben die Zeit und die Ruhe, den Verkaufsraum wieder auf Hochglanz zu polieren. Und das Beste ist, wir verwöhnen uns gegenseitig mit kleinen Geschenken und selbstgemachten Guetsli.

WIE BITTE? Als ich meine Reinigungsarbeit für Tee und Guetsli im Aufenthaltsraum unterbrach, fiel mir der jährliche Weihnachtsbrief des Verkaufsleiters auf. Der Raum ist so vollgepflastert mit Infos und Zahlen, dass dieser Brief bisher einfach unterging. Und im nachhinein erfuhr ich, dass der Brief niemandem aufgefallen war, hätte ich sie nicht alle darauf angesprochen. Ich las ihn also und war irritiert. Es schien, als richte sich der Brief nicht an das Verkaufspersonal, das über Weihnachten und Neujahr arbeitet. Zuerst bedankt sich der Verkaufsleiter herzlich für die Leistung und die Zusammenarbeit. Also das Übliche. Und dann: Die Festtage seien eine Gelegenheit, sich eine Pause zu gönnen, Energie und Kraft zu tanken. Für neue Taten, jawohl. Moment! Gelegenheit für eine Pause, für wen genau? Aber er weiss schon, dass wir nicht zwei Wochen geschlossen haben? Er weiss schon, dass andere Filialen, zum Beispiel an den Bahnhöfen, während der Feiertage die strengste Zeit des Jahres erleben? Er weiss schon, dass eine superheftige Grippewelle über uns alle geschwappt ist und wir hoffnungslos überarbeitet sind? Er weiss schon, dass wir auch krank arbeiten müssen? Und hat er die anstrengenden Sonntagsverkäufe schon wieder vergessen? Dieser Text war gewöhnliches weihnachtliches 08/15-Blabla. Nicht an uns angepasst. Und noch schlimmer: desinteressiert und super unpersönlich.

Ich wünsche mir echtes Interesse am Personal.

SO GEHT'S! Lieber Verkaufschef, für die nächsten Weihnachten wünsche ich mir echtes Interesse am Personal und Unterstützung während der Feiertage. Einen persönlichen Brief, der uns alle erreicht und nicht unter all den Zahlen untergeht. So was wie: Gemeinsam überstehen wir die strengen Tage. Wir unterstützen uns gegenseitig, damit wir am Schluss nicht zu erschöpft sind, um in den Bergen Energie und Kraft zu tanken.

Mit Referendum gegen die einheitliche Finanzierung Krankenkassen kassieren, Kranke und Pflegende verlieren

Medizinische Leistungen sollen aus einem Topf finanziert werden, egal, ob ambulant oder im Spital. Tönt gut, kommt aber schlecht. Vor allem für die Prämienzahlenden und die Pflegenden. Darum haben die Gewerkschaften das Referendum ergriffen.

CLEMENS STUDER

Efas. Das Kürzel tönt wie jenes eines Raumfahrtprogramms. Doch die «einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen» jagt keine Raketen ins All, sondern die Krankenkassenprämien durch die Decke und die Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals noch tiefer in den Keller. 14 lange Jahre haben Verwaltung und Parlament an der Fassung rumgedoktert, der National- und Ständerat kurz vor Weihnachten in den Schlussabstimmungen zustimmten. Und damit eindrücklich bewiesen, dass eben längst nicht alles gut wird, was lange währt.

WIE ALLES BEGANN

Am Anfang stand Ruth Humbel. Die Aargaueerin vertrat während 20 Jahren die CVP (heute: die Mitte) und die Krankenkassen (mit zeitweise über 20 einschlägigen Nebenjöhli) im Nationalrat. 2009 reichte sie eine Motion mit dem Titel «Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus» ein. 14 Jahre später verabschiedete das Parlament im Dezember eine Vorlage, ob der sich die Krankenkassenmanager die Hände reiben können.



Ruth Humbel, Ex-CVP-Nationalrätin.

FOTO: KEYSTONE

DER HINTERGRUND

Heute werden medizinische Behandlungen mit Spitalübernachtung zu mindestens 55 Prozent von den Kantonen bezahlt, die Krankenkassen übernehmen 45 Prozent der Kosten. Für ambulante Behandlungen bei Hausärztinnen, Spezialisten oder im Spitalambulatorium kommen die Krankenkassen allein auf – abzüglich Franchisen und Selbstbehalte der Versicherten. Darum haben Krankenkassen ein Interesse, Patientinnen und Patienten ins Spital zu schicken – der Kanton übernimmt dann den grösseren Teil der Kosten. Konkret: Solange eine ambulant durchgeführte Operation mehr kostet als 45 Prozent einer medizinisch gleichwertigen stationären Behandlung, haben die Krankenversicherer finanziell keinen Grund, auf eine medizinisch gleichwertige, zu Vollkosten gerechnete, aber günstigere ambulante Variante zu setzen.



KEIN GUTES MITTEL: Bei der Efas profitieren höchstens die privaten Krankenkassen, nicht so die Kranken und Pflegenden. FOTO: KEYSTONE

VERSICHERTE BLECHEN ...

Die Idee, ambulante und stationäre Leistungen aus einem gemeinsamen Topf zu finanzieren und damit bei beiden den gleichen Verteilschlüssel anzuwenden, ist grundsätzlich eine gute. Allerdings schaute die Krankenkassenlobby in den vergangenen 14 Jahren gut darauf, dass vor allem ihr Geschäft floriert. Bereits 2021 brachte es der damalige SP-Ständerat und frühere SGB-Präsident Paul Rechsteiner in der Debatte so auf den Punkt: Efas ist «ein Projekt der Versicherten. Bezahlen müssen aber die Versicherten, sei es mit Prämien oder sei es mit Steuern.» Daran hat sich in den folgenden parlamentarischen Runden nichts geändert, im Gegenteil.

... KASSEN KASSIEREN MILLIARDEN

Die jetzt vorliegende Fassung von Efas sieht vor, dass die Kantone ihre 11 Milliarden Franken, die sie heute für Spitäler ausgeben, an die Krankenkassen überweisen. Diese dürften das Geld dann nach eigenem Gusto weiterverteilen. Die Kassen würden künftig also statt der demokratisch legitimierten Kantone befahlen. Mehr noch, diese dürften nicht einmal Leistungsaufträge formulieren, wie es sonst überall im Service public der Fall ist. Verkürzt heisst das: Efas ist nichts weniger als eine Teilprivatisierung der Grundversicherung. Gleichzeitig soll nach einer Übergangsfrist auch die Langzeitpflege in die Efas aufgenommen werden. Die heute gesetzlich ge-

Die Vorlage beweist, dass nicht alles gut wird, was lange währt.

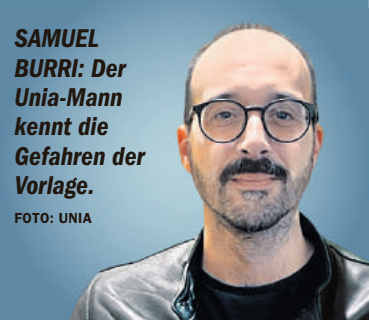
Experte Samuel Burri: «Efas ist gefährlich»

work: Samuel Burri*, künftig sollen medizinische Eingriffe aus einem Topf und nach dem gleichen Verteilschlüssel bezahlt werden, egal, ob sie stationär oder ambulant stattfinden. Das tönt doch vernünftig!

Samuel Burri: Die Verlagerung von stationärer zu ambulanter Behandlung ist grundsätzlich begrüssenswert. Doch der Weg, den Efas vorsieht, ist gefährlich.

Wie meinen Sie das konkret?

Sie gibt erstens den Krankenkassen mehr Macht. Die Erhöhung der Beiträge der Krankenkassen an die stationäre Pflege bedeutet nichts anderes, als dass die unsocialen Kopfprämien in der Kran-



SAMUEL BURRI: Der Unia-Mann kennt die Gefahren der Vorlage. FOTO: UNIA

kenkasse noch mehr steigen werden. Um diese weitere Prämienexplosion einzudämmen, werden die Krankenkassen auf die Pflegetarife Druck machen. Dumping-Tarife gehen auf Kosten der pflegerischen Qualität und der Arbeitsbedingungen der Pflegenden.

Und die sind bereits heute teilweise prekär.

Im November 2023 waren im ge-

samten Gesundheitswesen über 15 000 Stellen ausgeschrieben, davon ein erheblicher Teil in der Langzeitpflege. Obwohl der Bedarf und die Pflegeleistungen steigen, nimmt die Anzahl Beschäftigter in Alters- und Pflegeheimen ab. Grund dafür ist ein Teufelskreis von schwierigen Arbeitsbedingungen, die zu erhöhten Krankheitsausfällen und Berufsausstiegen führen, die wiederum den Personalmangel verschärfen und den Druck auf das bestehende Personal erhöhen. Diese Abwärtsspirale ist die Folge der aktuellen Unterfinanzierung der Heime mit der Absicht, das Kostenwachstum einzudämmen.

Wo sehen Sie den Ausweg?

Kostenmindernde Massnahmen haben bis jetzt immer bloss dazu geführt, dass immer weniger Per-

sonal unter immer schlechteren Bedingungen immer mehr Betagte und Kranke pflegen muss. Aufgrund der unsocialen Verteilung der Gesundheitskosten über Kopfprämien wird es nicht möglich sein, das Kostenwachstum in der

«Die Dumping-Tarife gehen auf Kosten der pflegerischen Qualität.»

Langzeitpflege weiter über die Krankenkassen zu finanzieren. Die Prämien sind bereits heute für immer mehr Haushalte kaum oder nicht mehr zu stemmen. Es braucht stattdessen eine stärkere Finanzierung durch die öffentliche Hand. Nur diese gewährleistet aufgrund der Steuerprogression eine gerechte gesellschaftliche Verteilung der Pflegekosten. Efas führt in die gegenteilige Richtung.

Der VPOD sammelt jetzt Unterschriften für das Referendum, zum Bogen geht's hier: rebrand.ly/efas-ref.

* Samuel Burri ist Co-Leiter (Langzeit-) Pflege und Betreuung bei der Unia.

Nach work-Recherche: Inspektorate ermitteln, Fischer packen aus

Fischhändler Zahner macht

auch Berufsfischer stinkig!

Der St. Galler Fischhändler und SVP-Politiker Bernhard Zahner steht unter Beschuss. Nach Grusel- und Schindereiklagen von Ex-Mitarbeitenden ermittelt der Kanton. Und die Fischer vom Zürichsee lüften ihr Geheimnis vom «Nötigungs-Prozess».

Es sind happige Vorwürfe, mit denen der St. Galler Fischhändler und SVP-Kantonsrat Bernhard Zahner (34) konfrontiert ist. Erhoben haben sie ehemalige Zahner-Marktfahrerinnen und -fahrer im letzten work (rebrand.ly/heiland-zahner): Ihr Chef habe in allen Verkaufswagen heimlich Kameras installiert, seither könne er dem Personal via Handy jederzeit zuschauen und zuhören. Zudem seien ihnen Pausen verboten worden. Und an Ostern hätten sie stets Marathon-Schichten leisten müssen, gut und gerne 20 Stunden am Stück, und dies ohne die obligatorischen Zuschläge für Nachtarbeit und Überstunden.

Die Berufsfischer vom Zürichsee haben Zahner schon vor Jahren aus dem Verband geworfen.

ZAHNER VERZÖGERT
Nach dem Bericht meldete sich Kristina Pavic* bei work. Die Ex-Verkäuferin bestätigt die Vorwürfe – und liefert neue Beweise. Ihre Stempelkarte vom April 2022 zeigt: Kurz vor Ostern hatte sie an einem Tag fast 21 Stunden durchgearbeitet. Das ist illegal – aber für Zahner offenbar nicht genug. Nach der Megaschicht hatte Pavic gerade mal drei Stunden Pause bis zur nächsten 12-Stunden-Schicht. Doch nicht nur die Mitarbeitenden riskieren möglicherweise ihre Gesundheit. Alle Zahner-Insider, mit denen work gesprochen hat, bemängeln nämlich auch die Betriebshygiene. Für viele war diese sogar

der Hauptgrund, zu kündigen. Etwa für Ex-Verkäufer Fritz Merki*, der beteuert: «Immer wieder mussten wir tiefgekühlten Fisch umetikettieren und mit einem neuen Datum versehen.» Ex-Verkäufer Stefan Vogt* erlitt sogar eine Krustentiervergiftung, nachdem er seinem Chef Crevetten abgekauft hatte. Er sagt: «Erst als die Bauchschmerzen kamen, merkte ich, dass die Crevetten abgelaufen gewesen waren.» Zahner bestritt die Vorwürfe im letzten work auf ganzer Linie. Alles sei rechtens abgelaufen, und er verkaufe «ausschliesslich einwandfreie Ware». Einzig bei der fehlenden Überstundenvergütung zeigte sich der SVP-Mann verunsichert: Diesen Punkt werde er «analysieren», versprach er. Seither sind sechs Wochen vergangen, doch gescheiter ist Zahner nicht geworden. Er sagt bloss: «Wir sind daran, die Vorgänge zu überprüfen.» Eilig scheint er's nicht zu haben. Umso alarmierender sind die jüngsten Signale aus dem Betrieb.

INSEKTORATE ERMITTELN
Von dort heisst es, dass manche Löhne zuletzt deutlich zu spät eingetroffen seien. Und dass gewisse Produzenten wegen angeblich offener Rechnungen keinen Fisch mehr lieferten. Dazu Zahner: «Interne Angelegenheiten klären wir direkt mit den betreffenden Partnern und kommentieren diese nicht öffentlich.» Ebenfalls keine fallbezogenen Aussagen gibt es vom Kanton St. Gallen. Doch bestätigt Karin Jung, Leiterin des Amts für Wirtschaft und Arbeit, man habe die Vorwürfe zur Kenntnis genommen. Und sie teilt mit: «Da es sich um ein laufendes Verfahren handelt, können wir uns zum konkreten Sachverhalt nicht äussern.» Grundsätzlich führe das Arbeitsinspektorat Kontrollen vor Ort durch, wenn Hinweise zu mutmasslichen Verstössen gegen das Arbeitsgesetz vorlägen. Bei tatsächlichen Verstössen folge zuerst eine Mahnung, dann eine Strafanordnung und ultimativ eine Strafanzeige. Auch Kantonschemiker

Pius Kölbener hat den Fall auf dem Radar. Er sagt: «Wir nehmen Hinweise von Konsumenten, Mitarbeitenden oder anderen betroffenen Personen nicht nur zur Kenntnis, sondern gehen diesen im Rahmen unserer amtlichen Kontrolltätigkeit nach.» Systematische und über Jahre auftretende unhaltbare hygienische Zustände würden vom Lebensmittelinspektorat «früher oder später» festgestellt – etwa mit Probenuntersuchungen oder durch Inspektionen, die «grundsätzlich unangemeldet» erfolgten, so Kölbener.

«KEINER VON UNS»
Während beim Kanton die Verfahren noch laufen, ist die Meinung bei vielen Zürichsee-Berufsfischern längst gemacht. Sie haben Zahner schon vor Jahren aus ihrem Verband geworfen. Denn Zahner hatte den damaligen Verbandspräsidenten verklagt – und zwar, weil dieser und andere ihm Etikettenschwindel vorgeworfen hatten! Konkret soll er ausländischen Fisch als Zürichsee-Fisch verkauft haben. Ein damals Involvierter sagt noch heute: «Zahner macht unseren ganzen Berufsstand kaputt!» Damals drohten die Berufsfischer mit dem Gang an die Presse, falls Zahner nicht ein Protokoll unterschreibe, wonach er die angebliche Trickserie künftig unterlasse. Zahner unterzeichnete, klagte aber später wegen Nötigung – und bekam 2016 recht. Der Fall wurde nie öffentlich. Heute will sich Zahner dazu nicht mehr äussern. Und von den Verbandsberufsfischern traut sich keiner, mit Namen hinzustehen – aus Angst vor weiteren Klagen. Anonym sagt einer: «Zahner ist ein schlauer Geschäftsmann, aber keiner von uns.» Ein anderer sagt: «Er fischt nur für Werbezwecke!» Tatsächlich prä-

15. Dezember 2023 **work**



Personal übt harsche Kritik an St. Galler Fischhändler-Geschäft

Heiland Zahner, hier stinkt es zum Himmel!

Totalüberwachung und ...

IN DER KRITIK: work berichtete in der letzten Ausgabe über den St. Galler Fischhändler Zahner. FOTO: WORK / NJAZI NIVOKAZI

sentierte sich der findige Fischhändler immer wieder als fleissiger Berufsfischer.

FRISCH VOM FLUGHAFEN
Etwa 2015 in einem Artikel über «nachhaltigen» Schweizer Fisch im «Migros-Magazin». Oder 2018 in einem Youtube-Video. Darin sagt Zahner: «Mier tüend hauptsächlich im Zürisee fischä, aber beziehnd au no Fisch us andernä Seeä i dä Schwiiz.» Ex-Angestellte sagen dagegen, sie hätten die Verkaufsware hauptsächlich an den Flughäfen Zürich und Basel abholen müssen, selbst habe der Chef fast nie gefischt. Auf Nachfrage erklärt Zahner: «Früher war ich fast täglich auf dem See. Aufgrund der Entwicklung unseres Unternehmens in den letzten Jahren ist mir dies heute leider nur noch selten möglich.» Bei der Aussage im Video sei es nur um die regionalen Fischprodukte gegangen. Insgesamt verkaufe sein Betrieb rund 70 Prozent Importware und 30 Prozent Schweizer Fisch, wobei dieser mehrheitlich aus Zuchtbetrieben stamme. Wenigstens das ist also geklärt!



*Namen geändert

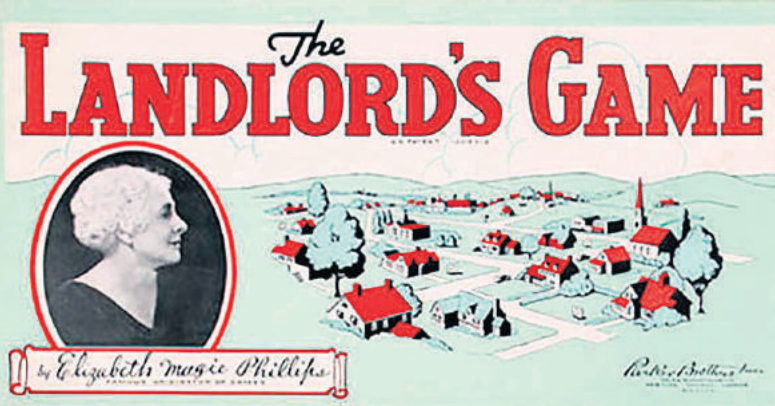
FOTO: KEYSTONE



PLAGIATOR: Charles Darrow verdiente sich eine goldene Nase, obwohl er nicht viel geleistet hatte. FOTO: GETTY IMAGES



ERFINDERIN: Lizzie Magie kreierte das Spiel, das unter dem Namen «Monopoly» zum Welthit wurde. FOTO: WIKIPEDIA



ORIGINAL: Das Brettspiel «Landlord's Game» ist das Ur-Monopoly. Es wurde leicht angepasst und unter neuem Namen auf den Markt gebracht. FOTO: WIKIPEDIA



GROSSERFOLG: Monopoly blieb über Jahrzehnte ein beliebtes Gesellschaftsspiel. Auch in den 1950er Jahren – aus dieser Epoche stammt die Aufnahme – gehörte es in jedes Wohnzimmer. FOTO: GETTY IMAGES



AB INS GEFÄNGNIS: Der Polizist ist ein unbeliebtes Feld bei diesem Brettspiel. FOTO: GETTY IMAGES



SCHNURRBART-KAPITALIST: Bankier Otto Hermann Kahn diente als Vorlage für die Monopoly-Figur. FOTO: WIKIPEDIA

Monopoly feiert in diesem Januar sein Am Anfang war die Feministin

Elisabeth Magie wollte den Boden-Kapitalismus entlarven. Und feiert das von ihr erfundene Spiel unter dem Namen «Monopoly» geriet unter die Räder des Konzern-Kapitalismus. Diesen Monat seinen 120. Geburtstag.

MONOPOLY

START

GEORGE UND MARX
Henry George (1839–1897) war ein US-Sozialphilosoph und Ökonom, der mit einer Steuer auf dem «unverbesserten Wert» des Landes der Monopolisierung des Bodens entgegenwirken und damit den Wohlstand gerechter verteilen wollte. Seine Überlegungen: Land lässt sich nicht vermehren. Sein Wert steigt durch Leistungen der Gemeinschaft und des Staates. Jedoch schöpften private Grundeigentümer die Bodenrente ab und vermehren so ohne eigenes Zutun ihr Vermögen. Würde hingegen der Staat die Bodenrente abschöpfen, könnte er daraus alle staatlichen Leistungen finanzieren. Am Privateigentum an Produktionsmitteln wollte George allerdings auf keinen Fall rütteln. Entsprechend wenig hielt er vom Sozialismus im allgemeinen und

DIE ERFINDERIN
Die richtige Geschichte geht ein bisschen länger und beginnt so: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfindet Elisabeth «Lizzie» Magie ein Spiel. Magie ist Stenotypistin, Feministin und Anti-Monopol-Kämpferin. Sie meldet ihr Spiel «The Landlord's Game» («Das Spiel des Hausbesitzers») im Frühjahr 1903 zum Patent an. Wobei ihr empfohlen wird, das Patent doch besser nicht als Frau anzumelden, es würde sonst nicht ernst genommen. Lizzie beharrt jedoch – und bekommt am Dienstag, 4. Januar 1904, ihr Patent. Es trägt die Nummer 748.626. Und es sollte ihr Zeit ihres Lebens – sie starb 1948 – ganze 500 Dollar einbringen.
Im «Landlord's Game» pachteten und erwarben die Spielenden Grundstücke, handelten mit ihnen, nahmen Hypotheken auf und zahlten Steuern und andere Abgaben. Sieger wurde, wer das grösste Vermögen anhäufte und dabei seine Mitspielenden in den Ruin trieb. Und es gab eine zweite Variante: Da bezahlten die Spielerinnen und Spieler in einen gemeinsamen Topf die Bodenrente – und wurden gemeinsam wohlhabender. Die zweite Variante interessierte den Spielekonzern Parker Brothers noch weniger als die erste. Aber sie war näher am Ziel von Lizzie Magie. Denn sie hatte eine Mission. Gesellschaftsspiele waren damals ein «Massenmedium». Darum wollte Magie mit einem Spiel die Ideen des politischen US-Ökonomen Henry George unter die Leute bringen.

DER HEIZUNGSVERTRETER
«The Landlord's Game» verbreitet sich in den folgenden Jahrzehnten in linksliberalen Kreisen. Es entstanden etliche Adaptionen, vor allem, was die Strassenamen betraf. Doch der kommerzielle Durchbruch blieb aus. Das änderte sich 1934, als der arbeitslose Heizungsverkäufer Charles Darrow seine Variante patentieren liess und in einer kleinen Auflage in einem Warenhaus in Philadelphia zum Verkauf anbot. Darrows Beitrag bestand darin, das Wachstum des Spielbrettes durch Karten zu ersetzen, das Wort «Monopoly» auf das Spielbrett zu schreiben und einen Grafiker den Schnurrbart-Kapitalisten zeichnen zu lassen. Als Vorbild diente dafür der Legende nach der deutsch-britische Bankier Otto Hermann Kahn, der in den 1920er Jahren zu den bekanntesten Persönlichkeiten der USA gehörte.

DER KONZERN
Die kleine erste Auflage von Monopoly verkaufte sich gut. Und die Parker Brothers fanden das Spiel jetzt doch interessant. Sie bezahlten Plagiator Darrow 7000 Dollar und sagten ihm eine Erfolgsbeteiligung zu. Parker Brothers stiegen mit Monopoly in das Weihnachtsgeschäft 1935 ein. Und die Verkaufszahlen gingen durch die Decke. Pro Woche wurden im ersten Jahr 35.000 Spiele verkauft. Preis: 2 Dollar. Dafür bekam man auch 50 Kilogramm Kartoffeln. Heute gehört Monopoly zum US-Konzern Hasbro. Dieser bietet Monopoly in unzähligen Varianten an. Eine Schweizer Ausgabe gibt es seit 1940.

GERECHTIGKEIT FÜR LIZZIE
Ein bisschen unwohl war es den Parker Brothers beim Geschäft mit Darrow wohl schon. Auf jeden Fall kauften sie 1935 der unterdessen siebzighjährigen Lizzie Magie das Patent für «The Landlord's Game» doch noch ab. Für mickrige 500 Dollar.
Wenn heute wieder mehr Menschen die wahre Geschichte hinter Monopoly kennen, ist dies – eine List der Geschichte – der Profitgier des Spielekonzerns geschuldet. Der verklagte nämlich in den 1970er Jahren den US-Wirtschaftsprofessor Ralph Anspach wegen Patentverletzung, weil er ein «Anti-Monopoly» herausgegeben hatte. Anspach gab allerdings nicht klein bei – und überführte die Parker Brothers in einem jahrelangen juristischen Tauziehen des Patentklaus an Lizzie Magie. Doch wie es eben so ist: Geschichte wird von den Siegern geschrieben. Und so feiert Hasbro denn auch den kommenden 19. März als Monopoly-Geburtstag. Es ist das Datum, an dem Parker Brothers das Patent von Plagiator Darrow kaufte.

Uber, Deliveroo & Co.
Antisoziale Allianz

Bei ihrem Amtsantritt als Präsidentin der EU-Kommission versprach Ursula von der Leyen eine sozialere EU. Tatsächlich brachte sie einige soziale EU-Gesetze auf den Weg: etwa die Mindestlohnrichtlinie oder die Richtlinie zu Lohntransparenz und Lohngleichheit (work berichtete: [rebrand.ly/ernes-europa](#)). Auch für die Rechte von Ku-



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

rierinnen und Chauffeuren der digitalen Plattformen wie Uber oder Deliveroo schlug sie eine neue Richtlinie vor.

CHECKLISTE. Mitte Dezember 2023 einigten sich die Verhandlungsdelegationen des EU-Parlaments und der EU-Mitgliedstaaten auf eine solche EU-Richtlinie. Sie regelt, wann Plattform-Büezer als Arbeitnehmende eingestuft werden müssen. Mindestens 5 Millionen der insgesamt 30 Millionen Plattform-Büezerinnen in Europa werden fälschlicherweise als Selbständige eingestuft, damit die Firmen keine Mindestlöhne bezahlen und ih-

Eine Checkliste entlarvt den falschen Schein.

nen andere soziale Rechte vorenthalten können, schreibt die EU-Kommission.

Eine Checkliste von fünf Punkten soll Scheinselbständigkeit leichter entlarven: 1. Legt die Firma das Lohnniveau fest? 2. Überwacht sie die Leistungen der Büezer aus der Ferne? 3. Ist es den Arbeitnehmenden nicht erlaubt, ihre Arbeitszeiten selbst zu wählen oder Aufträge abzulehnen? 4. Schreibt die Firma das Tragen von Uniformen vor? 5. Verbietet die Firma ihren Fahrerinnen und Fahrern, für andere Unternehmen zu arbeiten? Wenn mindestens zwei der fünf Punkte zutreffen, ist die Firma Arbeitgeberin und muss ihren Arbeitnehmenden die gleichen Rechte gewähren, die allgemein für Beschäftigte gelten (Mindestlohn, Arbeitszeiten, Krankengeld, Sicherheitsstandards usw.)

REVOLUTIONÄR. Die sozialdemokratische italienische Europaabgeordnete Elisabetta Gualmini freute sich: «Dies ist ein revolutionäres Abkommen.» Sogar die rechte französische Zeitung «Le Figaro» ging davon aus, dass der Kompromissstext demnach von den EU-Regierungen ratifiziert wird. Doch es kam anders.

Einer rechten Allianz zwischen dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni und dem ungarischen Regierungschef Viktor Orbán gelang es, die Ratifizierung im EU-Ministerrat vorerst zu verhindern. Die deutsche Regierung enthielt sich, da die Richtlinie der FDP zu weit ging. Jetzt hat die neue belgische EU-Ratspräsidentschaft den Auftrag, mit den skeptischen Regierungen und dem progressiven EU-Parlament einen neuen Kompromisstext auszuhandeln, der den Plattformfirmen stärker entgegenkommt.

GUTE NACHRICHTEN. Dennoch gibt es auch gute Nachrichten aus Brüssel. Zwar haben die Plattformfirmen im EU-Ministerrat einen Teilsieg errungen. Zugleich verurteilte aber ein belgisches Gericht Deliveroo dazu, seine Kurierinnen und Kuriere künftig als Arbeitnehmende einzustufen. Das ist wichtig. In je mehr Ländern Plattform-Büezerinnen und -Büezer ihre Rechte durchsetzen können, desto mehr Länder werden auch schärfere Regeln auf EU-Ebene befürworten. Nicht aus sozialen Gründen, sondern aus wirtschaftlichen. Um europaweit gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

Deutschland: Rechtsextreme legen zu
Armut und Frust spielen der AfD in die Hände



SCHEINHEILIG: Die AfD-Vorsitzende Alice Weidel gibt sich als Frau der kleinen Leute, doch ihre Partei will die Ärmsten der Armen noch ärmer machen. FOTO: KEYSTONE

Die AfD profitiert von der negativen Stimmung in Deutschland. Für Dierk Hirschel, Chefökonom der Gewerkschaft Verdi, ist klar: Arbeitnehmende können von der AfD rein gar nichts erwarten.

DIERK HIRSCHEL*

Die neue Rechte berauscht sich an der Macht. Die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) will im Osten des Landes stärkste politische Kraft werden. Zwischen Erfurt und Dresden ist die AfD bereits heute eine Volkspartei mit Mittelstandsbauch, wie einst die Nationalsozial-

Die Rechtsextremisten deuten die soziale Frage in eine ethnische und kulturelle Frage um.

istische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Folglich wählen auch viele Arbeitnehmende in Deutschland rechtsradikal. In den östlichen Bundesländern hat der parlamentarische Arm des Rechtsextremismus die Linke als Arbeiterpartei bereits abgelöst.

Doch was läuft da schief? Viele Beschäftigte, die auf dem Wahlzettel ihr Kreuz bei der AfD machen, sind mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage unzufrieden, verunsichert und haben Angst vor sozialem Abstieg. Niedrige Löhne, schlechte Schulen, teure Pflege, Armutsrenten und unbezahlbarer Wohnraum sorgen für grossen Frust.

GEWERKSCHAFTSFEINDIN

Nicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte geht der Sozialprotest in die falsche Richtung. Denn die AfD ist eine arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindliche Partei. Ihre Politik und ihr neoliberales Programm nützen wenigen Unternehmen und Vermögenden. Deswegen deuten die Rechtsextremisten die soziale Frage in eine ethnische und kulturelle Frage um.

Die AfD will die Verhandlungsmacht der Beschäftigten schwächen. Ihr Rassismus spaltet die Belegschaften. Die 2013 gegründete Partei war zunächst eine radi-

kale Gegnerin des Mindestlohns. Anschliessend korrigierte sie diese Haltung aus wahltaktischen Gründen. Als die aktuelle Regierung unter SPD-Kanzler Olaf Scholz jedoch die gesetzliche Lohnuntergrenze auf zwölf Euro erhöhte, enthielt sich die AfD-Fraktion im Bundestag. Die Rechtsradikalen sind auch gegen Tarifverträge, das Pendant der schweizerischen Gesamtarbeitsverträge (GAV). Im süddeutschen Bundesland Baden-Württemberg wollte die AfD-Fraktion das «Landestariftreuegesetz» abschaffen. Dieses gewährleistet, dass nur Firmen, welche die Tarifverträge einhalten, öffentliche Aufträge erhalten.

EIN FEST FÜR REICHE

Doch damit nicht genug. Die selbsternannte Partei der «kleinen Leute» legt auch die Axt an den Sozialstaat. AfD-Vorsitzende Alice Weidel, Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, und ihre AfD-Kollegen wollen bei den Ärmsten der Armen kürzen: bei Langzeitarbeitslosen und Bürgergeldempfängern (Sozialhilfeempfänger und Arbeitsuchende). Zudem will der wirtschaftsliberale AfD-Flügel die Altersvorsorge privatisieren.

Darüber hinaus sollen Immobilienkonzerne weiter kräftig Mieten erhöhen dürfen. Der private Reichtum soll ge-

Der beste Schutz gegen Rassisten ist eine Politik für gute Arbeit und mehr soziale Sicherheit.

pft werden. Die neue Rechte will zudem die Erbschaftssteuer, die Grundsteuer und den Solidaritätszuschlag für Besserverdienende abschaffen. Ein Fest für Reiche. Die Zechen bezahlen Bedürftige, Geringverdienende und die Mittelschicht.

Die rechtsradikalen Feinde der Demokratie profitieren heute von der sozialen Spaltung in Deutschland. Beschäftigte können aber von einer Partei, die Löhne senkt, Arbeitnehmerrechte schleift und den Sozialstaat abbaut, nichts erwarten. Klar ist aber auch: Der beste Schutz gegen Rassisten ist eine Politik für gute Arbeit und mehr soziale Sicherheit.

*Dierk Hirschel ist Chefökonom der deutschen Gewerkschaft Verdi. Dieser Artikel ist zuerst in der «Frankfurter Rundschau» erschienen.



Fast 70 Länder: 2024 ist ein globales Super-Wahljahr
Wo die extremen Rechten Kreide fressen

Die halbe Menschheit wird dieses Jahr neue Parlamente oder Regierungen wählen. Die extreme Rechte mischt zuvorderst mit. Kann die Demokratie das überleben?

OLIVER FAHRNI

Gott schaute auf sein Werk und befand, die Welt brauche einen Retter. Also schuf er Donald Trump. So inszeniert sich der Immobilien-Tycoon in einem Wahl-Werbespot als Gesandter Gottes. Ein Putschist, Rassist, mutmasslicher Milliarden-Betrüger, Frauengrapscher, Klimaschwurbler und Serienlügner von Gottes Gnaden. Slogan: «Und er gab uns Trump».

Religiöser Wahn verkauft sich in den USA gut. Der Mann hat Chancen, am kom-

2024 wird ein entscheidendes Jahr für Bürgerrechte, Frieden und Fortschritt.

menden 5. November ein zweites Mal zum Präsidenten der westlichen Führungsmacht gewählt zu werden. Seinen Kritikerinnen und Richtern hat er blutige Rache geschworen. Senator Bernie Sanders, der alte Linke, sagt: «Die Wahl Trumps wäre das Ende der Demokratie.» Übertreibung? Nein, sogar die grossen Wirtschaftsblätter und einige Republikaner teilen die Warnung. Der Angriff von Trumps Horden auf

das US-Parlament (Capitol) nach der Wahlniederlage 2020 war nur ein Vorspiel.

PURE FARCE

Heute stehen die Zeichen auf Sturm, wegen Klima, Inflation, Nahost und Ukraine. Und wegen des grassierenden Neofaschismus. Das Jahr 2024 wird weltweit zu einem entscheidenden Jahr für Bürgerrechte, sozialen Fortschritt, zivilen Frieden und Menschenrechte. Denn die Stimmberechtigten in 68 Ländern wählen neue Parlamente, Regierungen oder Präsidenten. Etwa in Indien und in der EU, in Russland wie in den USA, in Mexiko, Südafrika, Portugal, Grossbritannien, Iran...

Die halbe Menschheit ist zur Urne gerufen. Wahlen sind noch kein sicheres Zeichen für Demokratie. Etliche dieser Urnengänge sind pure Farce. Entscheidender ist: Auch in Ländern mit halbwegs intakten Institutionen stehen die Rechtsextremen an der Schwelle zur Macht – oder regieren schon, wie in Italien, Ungarn, Finnland, der Slowakei. In den früher toleranten Niederlanden ist der Rassist Geert Wilders der neue starke Mann. Schwedens Ultrarechte tragen die Regierung mit. Und überall legen sie zu, sogar in Deutschland mit der AfD (siehe Artikel links). Das Land schien gegen die braune Pest geimpft, nach Drittem Reich und Shoah. Jetzt aber geht es sehr schnell, an einer Geheimkonferenz planten AfD-Grössen mit finanzstarken Unternehmern schon wieder die Deportation von Millionen Nicht-Ariern.

Aufdecken musste das eine Undercover-Recherche. Denn die Rechtsextremen agieren gerne maskiert. Sie fressen Kreide, wie Frankreichs Marine Le Pen oder die schlaue italienische Regierungschefin Giorgia Meloni. Nur bricht Melonis Verehrung des Faschismus-Begründers Benito Mussolini immer wieder durch. Ihre Partei ist eine Sammlung von Rassisten, Nazi-Schlägern, Monarchisten, katholischen Fundis, Mafiosi und gutfrasierter Bourgeoisie: 50 Schattierungen von Braun.

TRICKREICH GESCHMINKT

Bei den Wahlen ins Europaparlament im Juni wollen Le Pen & Co. erreichen, was bei den nationalen Wahlen manchmal schwierig ist: den alten Kontinent unter nationalistische, rassistische und autoritäre Kontrolle stellen. Und plötzlich fragen Leitartikel verdattert: Kann man die rechte Flut noch stoppen? Und: Warum wählen die Menschen Ideologien, die gerade eben das blutigste Jahrhundert der Geschichte angerichtet haben?

Die Erklärungen mit Immigration und islamischer Gefahr sind bloss aufgesetzt, Sündenböcke, wie es die Juden waren. Tatsächlich haben vier Jahrzehnte neoliberaler Kapitalismus die erkämpften sozialen Sicherheiten und den Service public aufgerieben, während sich eine hauchdünne Schicht von Besitzenden extrem bereichert hat. Die jetzt gar die Zukunft der Menschheit im Finanzcasino fossiler Energien verspielt.

Logisch, beklagen die Mittelschichten (die die Kerntruppe der Rechten stellen) ihren sozialen Fall ins Bodenlose. Logisch, fühlen sich die Büezerinnen und Büezer von den Regierungslinken, die sich neoliberal gewendet haben, im Stich gelassen. Da brauchen die Rechtsextremen nur noch einen kleinen Trick: Sie schminken sich zu Anti-System-Parteien. Dass sie das nicht sind, belegt ihr Abstimmungsverhal-

ten in den Parlamenten und ihre Regierungsarbeit: Konkret handeln sie immer antisozial und ultraliberal kapitalfreundlich. Sie sind die Krücke des Systems. Sie spielen auf die Rasse statt auf die Klasse.

EIN STÜCK HOFFNUNG

Doch dabei enthüllt sich die andere Hälfte der politischen Realität. In der Dauerkrise seit 2008 haben die Neoliberalen ihr Regime autoritär verschärft. Kapitalismus und Demokratie gehen nicht zusammen. Das hatten die neoliberalen Ideologen schon in den 1930er Jahren notiert. Heute

Die Partei von Meloni ist eine Sammlung von Rassisten: 50 Schattierungen von Braun.

saldierte das Bürgertum sämtliche Errungenschaften von Aufklärung und Demokratie.

Wie kürzlich in Paris. Unter den goldenen Leuchtern der Republik und vor der Lösung «Freiheit, Brüderlichkeit, Gleichheit» erzwang Präsident Emmanuel Macron ein rassistisches Immigrationsgesetz, das alle Forderungen von Le Pens Nationaler Front enthält. «Wir haben ideologisch gewonnen», sagte die Neofaschistin danach.

Paradoxerweise steckt gerade darin ein Stück Hoffnung. Das Kapital wählt autoritäre Wege immer dann, wenn ihm die Kontrolle über die Gesellschaft zu entgleiten droht. Ein interessantes Indiz: Das implizite, manchmal offene Bündnis zwischen Bürgertum und extremer Rechten könnte gut am erwachten Widerstand des Volkes scheitern.



DAS ENDE DER UNO?

Spät am Abend nach einer langen Sitzung des Uno-Menschenrechtsrates esse ich häufig mit Beamten des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte oder befreundeten Diplomaten in einem Landgasthof des Dorfes Chambésy, in der

Nähe des Genfer Völkerbundspalasts. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen sind verzweifelt. Sie fragen: «Werden

wir genauso enden wie der Völkerbund? Hat die Zerstörung der Uno schon begonnen? Ist ihre Zerschlagung unvermeidlich?»

GREUEL. Die Gründung des Völkerbundes war geprägt vom fürchterlichen Blutbad des Ersten Weltkrieges, die der Uno von der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges. Das Wissen um die Absurdität des Krieges bestimmte die Völkerbundssatzung von 1919 genauso wie das Trauma der Nazi-Greuel die Uno-Charta von 1945.

Für den Zusammenbruch des Völkerbundes gibt es zahlreiche Erklärungen. Die wichtigste: Anders als die Uno-Charta kannte die Völkerbundssatzung keine Sanktionen und Massnahmen zur wirksamen Durchsetzung ihrer Prinzipien.

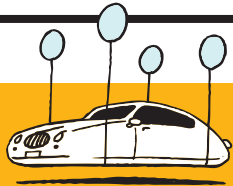
HERZSTÜCK. Kapitel sieben ist das Herzstück der Uno-Charta: Die Uno-Generalversammlung kann eine internationale Armee aufstellen gegen einen Staat, der einen Mitgliedstaat angreift. Zum Beispiel: der Krieg, den die Uno-Armee zwischen 1950 und 1953 gegen die nordkoreanischen und chinesischen Aggressoren Südkoreas siegreich führte. Zusätzlich führt Kapitel sieben eine ganze Reihe von anderen Zwangsmassnahmen auf wie das Wirtschafts- und das Finanzembargo.

Am 7. Oktober 2023 überfielen Terroristen der jihadistischen Hamas Siedlungen im Süden Israels. Sie töteten über 1200 Menschen und entführten über 200 Geiseln. Israel reagierte mit einem unerbittlichen Rachefeldzug. Die israelische Armee hat in etwas mehr als drei Monaten bereits 26 000 Palästinenser getötet und über 80 000 schwerstens verletzt. 70 Prozent davon sind Kinder und Frauen, die mit dem Hamas-Terror nichts zu tun haben.

WUNDER. Die Uno verlangt einen humanitären Waffenstillstand. Und das Ende der Totalblockade an Nahrungsmitteln, Medikamenten und Trinkwasser. Umsonst! Israel bombardiert weiterhin Nacht und Tag Wohngebiete, Schulen, Spitäler und Moscheen in Gaza. Wie lange noch? Gibt es irgendeine Hoffnung für das Ende dieses schrecklichen Massakers?

«We the People of the United Nations» (Wir, die Menschen der Vereinten Nationen) heisst der erste Satz der Charta. Nicht die Staaten, sondern jeder einzelne Mensch begründet die Legitimität der Uno. Artikel 1 der Universellen Deklaration der Menschenrechte lautet: «Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.» Wenn von Menschen die Rede ist, sind Wunder möglich. Der weltweite Aufstand des Gewissens allein könnte die Uno vor dem endgültigen Zerfall bewahren.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



Nachtfahrten: Überholen Elektro-Schlafbusse bald schon unsere energiefressenden Nachtzüge?

Mal ehrlich, würden Sie im Nachtbus übernachten, wenn Sie so klimaneutral für 120 Franken nach Wien fahren könnten? Und dazu noch 300 Kilo CO₂ einsparen würden?

Der ehemalige SBB-Chef Benedikt Weibel hält nichts von Nachtzügen. Ein Nachtzug transportiere nicht mehr Passagiere als drei Busse, sagt er. Und verbrauche viel zu viel Energie pro Personenkilometer. Da seien 400 Meter lange Hochgeschwindigkeitszüge, die bis zu 1000 Passagiere transportieren würden, viel sinnvoller. Deshalb dürfe man keinen roten Rappen Subventionen in Nachtzüge investieren. «Peppo» Weibel, wie ihn fast alle nennen, versteht etwas von Bahnen. Er war schliesslich während 13 Jahren der oberste SBB-Chef. Doch was tun?

Einen neuen Ansatz für Nachtfahrten hat das Unternehmen Twiliner entwickelt. Das Schweizer Start-up will in der Nacht mit zweistöckigen Bussen je 21 Personen in hochkomfortablen Sitzen nach London, Wien, Rom, Barcelona und Berlin gleiten lassen. Dank Biodiesel halbwegs umweltfreundlich. Und für etwa 200 Franken pro Fahrt und Richtung.

Deutlich teurer als das Flugzeug. Und deutlich billiger als der Nachtzug. Hat dieses Konzept eine Chance? Skepsis ist angezeigt. **Problem 1:** Liegesitze sind für Busfahrten bisher nicht zugelassen.



VISUALISIERTE GEMÜTLICHKEIT: So soll der Twiliner-Sitz aussehen. Ob man auch in der Realität so entspannt reisen kann, wenn der Nachbar schnarcht? FOTO: TWILINER

Weil Frau und Mann sich nicht anurten können. Tests laufen jedoch. **Problem 2:** Der Twiliner-Bus ist ein rollender Schlafsaal. Wenn wir davon ausgehen, dass ein Drittel aller Menschen schnarcht, stellt sich die bange Frage: Wie sollen wir da ohne Schlafpillen ruhig durchschlafen können? **Problem 3:** Biodiesel ist keine Lösung, auch wenn die Fahrt von Bern nach London nur halb so viel CO₂ produziert wie der Flug von Zürich nach London. Erst recht

nicht, weil Biodiesel global gesehen den Kühen und den Menschen Nahrung wegfrisst. **Problem 4:** Twiliner sucht Busunternehmen, die investieren, da es selber nicht Eigentümer der Busse werden will. Doch viele Busunternehmen haben sich mit Flixbus die Finger verbrannt. Sie wollen den möglichen Ertrag von gut 2400 Franken pro Fahrt sicher nicht mit einem Start-up teilen. Damit das Angebot angenommen würde, müsste es technisch und organisatorisch also massiv

verbessert werden. Und mehr als 120 Franken dürfte eine Fahrt durch die Nacht nach Wien nicht kosten.

DOPPELSTÖCKER-SCHLAFZÜGE. Das Konzept funktioniert, wenn überhaupt, sicher nur mit Elektrobusen. Die brauchen pro 100 Kilometer nur 130 Kilowattstunden Strom. Für die Fahrt von Bern nach Wien, für diese knapp 800 Kilometer, somit gut 1000 Kilowattstunden. Ein Zwischenstop von 30 Minuten, zum Nachtanken kurz hinter der Grenze, die Österreich von Deutschland trennt, würde genügen.

Durchschnittlich sollte unser Twiliner den grünen Strom aus Wasser, Sonne und Wind für 10 Rappen pro Kilowattstunde tanken können. Die Energiekosten würden nicht mehr als 6 bis 7 Prozent der Einnahmen ausmachen.

Bei anständigen Schweizer Löhnen rechnet sich das Ganze nur, wenn früher oder später mehrere Busse im Konvoi fahren können. Ist nicht ausgeschlossen, aber leider bestensfalls mittelfristig machbar.

Liebe Leserinnen und Leser: Mal ehrlich, würden Sie im Nachtbus übernachten, wenn Sie so klimaneutral für 120 Franken nach Wien fahren könnten? Und dazu noch 300 Kilo CO₂ einsparen würden?

Liebe SBB: Nur Sie können ein Angebot ohne grossen Aufwand testen. Warum? Weil sie über die

ganze Buchungslogistik verfügen und keinen Gewinn machen müssen. Und schliesslich verfügen Sie erst noch über eigene Kraftwerke und ein eigenes Stromnetz.

Lieber Bahnunternehmer Peter Spuhler: Müssten Sie nicht einen 30 Millionen teuren und 400 Meter langen Doppelstöcker-Schlafzug auf den Markt bringen, der 500 Personen gleich schnell wie ein Twiliner-Bus nach Wien und zurück bringt? Einmal tagsüber und einmal in der Nacht? Vielleicht müssten Sie die Twiliner-Sitze querstellen und voneinander abtrennbar machen. Damit die Schnarchenden die Nichtschnarcher weniger stören.

LINKS ZUM THEMA:

[rebrand.ly/reise-rechner](#)
Der «Tages-Anzeiger» gehört zu jenen Medien, die Nachtzüge pushen. Trotz der Kritik von Ex-SBB-CEO Peppo Weibel. (Artikel hinter der Paywall)

[rebrand.ly/routenplaner](#)
Die Fahrt von Zürich nach Wien bewältigt ein Bus in 10 Stunden. Er hat gleich lang wie der Nachtzug. Pinkelpause zum Stromtanken inklusive.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Alles wird teurer.
Die Rente reicht nicht mehr.

Darum gehen wir am **1. und 3. Februar** gemeinsam für die **13. AHV-Rente** auf die Strasse. Auch in deiner Region werden Unia-Mitglieder Flyer verteilen, um möglichst viele Leute zu überzeugen. **Mach auch du mit!**

Gemeinsam können wir die Abstimmung am 3. März gewinnen.

Engagiere dich mit uns für die 13. AHV-Rente. Melde deine Teilnahme per Whatsapp oder SMS unter 076 317 56 49 an (bitte Namen und gewünschten Ort angeben).

13. AHV-Rente
am 3. März
JA

UNIA

«Priscilla» und «Maestro»: Sex, Drogen und Alkohol auf der Leinwand Machos bleiben Kassenschlager

Übergriffig, gewalttätig, pädophil – auch 2024 schaffen es zwei Kinofilme, Gewalt an Frauen zu romantisieren.

DARIJA KNEŽEVIĆ
Er war der «King of Rock’n’Roll» und lebte das Rockstarleben. Dazu gehörten Sex, Drogen und Alkohol. Die Rede ist von Elvis Presley. In der Blüte seiner Karriere eroberte er die Herzen im Sturm, auch jenes seiner späteren Ehefrau Priscilla. Er lernte sie während eines Armee-Einsatzes in den sechziger Jahren in Wiesbaden, Deutschland, kennen. Zu diesem Zeitpunkt war er 24 Jahre alt, sie

work verleiht Presley den Titel eines übergriffigen Grusels.

zehn Jahre jünger. Und darum geht es im Kinohit «Priscilla». Im Kinosaal sitzen gespannt die graumelierten Elvis-Fans.

Der Film basiert auf der gleichnamigen Autobiographie über das Leben von Priscilla an der Seite von Elvis Presley. Mit 14 verliebte sich die Minderjährige in den Rockstar, ein Jahr später zog sie auf sein Anwesen und besuchte auf seinen Willen eine streng katholische Mädchenschule. Als sie 22 ist, verkündet Presley feierlich: «Wir heiraten!» Bis zum Hochzeitstag vergnügte sich Elvis sexuell mit etlichen Affären, während sie keusch auf ihn wartete.

DIE VERBOTE

Er verbot ihr zu arbeiten, das Haus zu verlassen, erpresste und schlug sie. Presley bestimmte sogar ihre Kleider, ihre Haarfarbe, welches Make-up sie zu tragen und welche Drogen sie zu nehmen hatte. Der Film zeigt eindrücklich: Sie war gefangen im goldenen Käfig. Die NZZ betitelt Presley als «einen keuschen Gentleman». work verleiht ihm lieber den Titel eines bevormundenden und übergriffigen Grusels.

Kurz nach der Hochzeit wird Priscilla schwanger. Doch das gemeinsame Kind rettet die Gewaltbeziehung nicht vor dem Scheitern. Hochschwanger muss Priscilla mit ansehen, wie ihr Ehemann immer tiefer in die Drogensucht abrutscht. Er wirft



IM GOLDENEN KÄFIG: Priscilla Presley wurde von ihrem Mann bevormundet und geschlagen. FOTO: MADMAN FILMS

Stühle nach ihr und droht immer wieder mit der Trennung. Im Verlauf des Filmes entpuppt sich: Priscilla gab immer mehr auf und wurde vollkommen zu seiner Marionette. Nach der Schwangerschaft gehen Elvis' Affären weiter, denn mit einer Frau, die bereits ein Kind geboren hat, will er nicht schlafen. Viele Jahre hält Priscilla die Demütigung aus. Als Elvis von einer Liaison seiner Ehefrau erfährt, versucht er sie zu vergewaltigen. Daraufhin verlässt sie ihn. Und so endet der Film. Auch nach 113 Minuten Elvis-Tortur bleibt die grauhaarige Fan- kurve im Kinosaal standhaft und klatscht euphorisch beim Abspann.

STARKE FRAUENARME

Ähnlich grau das Publikum beim Film «Maestro». Auch hier geht es um das Leben eines bekannten Musikers, eher bekannt unter Fans der klassischen Musik. Die Rede ist von Leonard Bernstein. Der US-amerikanische Komponist und Dirigent war ein Ausnahmetalent und lebte von 1918 bis 1990. Im Alter von 25 Jahren springt Bernstein als Dirigent bei einem Konzert in New York spontan ein und wird über Nacht zum grossen Star der Szene. Zur gleichen Zeit lernt er seine Frau Felicia Montealegre ken-

nen. Der Film dreht sich weniger um die beruflichen Erfolge von Bernstein, sondern um die turbulente Beziehung mit seiner Ehefrau. Ihre Karriere hängt die aufstrebende Schauspielerin für das Komponisten-

Bernstein pflegt viele Affären – oft mit viel zu jungen Männern.

leben ihres Ehemannes und für die gemeinsamen drei Kinder an den Nagel. Doch die romantische Liebesbeziehung zwischen den beiden wird bald überschattet. Bernstein verfällt immer stärker der Alkohol- und Drogensucht. Zudem pflegt er viele Affären – oft mit viel zu jungen Männern. Teilweise sogar mit eigenen Musikschülern.

Der Egotrip von Bernstein geht immer weiter, die Exzesse werden immer extremer. Und trotzdem landet er nach jedem noch so tiefen Fall in den Armen seiner starken Frau. Bis zu ihrer Krebsdiagnose. Erst mit der Erkrankung wird Bernstein zu jenem Vater und Ehemann, den sich die Familie gewünscht hat. Die liebevolle Fürsorge lässt das Kinopublikum fast vergessen, wie er jahrelang



SELBSTLOS: Felicia Montealegre musste einiges wegstecken. FOTO: NETFLIX

das Familienleben torpedierte. Nach dem Tod seiner Frau fällt Bernstein in ein tiefes Loch. Trotz beruflichen Erfolgen wird er zum alten, traurigen und drogensüchtigen Mann, der sich an immer jüngere Männer ran-schmeisst.

Der Film wurde für seine spektakulären Filmaufnahmen, die Musik und die schauspielerischen Bestleistungen für mehrere Auszeichnungen nominiert. Zu einem hollywoodreifen Happy End kommt es für Bernstein aber nicht.

Doku-Film Kampf um die Tiefsee

Es gibt Gebiete auf unserem Planeten, die kaum erforscht und ausgebeutet sind. Auf dem Meeresgrund der Ozeane tummeln sich in Tausenden Metern Tiefe uns bisher unbekannte Wesen und Organismen. Doch mit der Ruhe könnte es bald vorbei sein. Rohstoffkonzerne lobbyieren für Unterwasser-Schürfrechte und wollen mit Riesemaschinen die Schätze der Tiefsee ausbeuten. Der Dokumentarfilm «Deep Rising» zeigt nicht nur die faszinierenden Naturwunder des Meeresgrundes, er begleitet auch den CEO des Bergbau-Start-ups «The Metals Company». Die Firma möchte mit dem Abbau des pazifischen Meeresbodens beginnen und ist auf der Suche nach Investoren und Bewilligungen für den Tiefseebergbau. Auch Schweizer Rohstoffkonzerne wollen sich dieses Geschäft nicht entgehen lassen. Die Koalition für Konzernverantwortung zeigt den Film im Rahmen einer Filmreihe in diversen Schweizer Städten.

Deep Rising, Dokumentarfilm aus der Filmreihe Konzernverantwortung, mehr Infos unter konzernverantwortung.ch/film

Hamas-Doku Erschaffung eines Monsters

Wessen Geschöpf ist die Hamas? Ist sie ein Instrument der ägyptischen Muslimbruderschaft, um die Palästinenser unter die Scharia zu zwingen? Wurde sie von Israel manipuliert, um die palästinensische Autonomiebehörde zu diskreditieren und die Zweistaatenlösung zu torpedieren? Ist sie ein Spielball Irans, eine Marionette Katars? Diesen drängenden Fragen geht eine



RADIKAL: Wie wurde die Hamas zu dem, was sie heute ist? FOTO: KEYSTONE

brandneue Doku aus dem Hause Arte nach. Sie lässt zentrale Akteure zu Wort kommen: Hochrangige Hamas-Vertreter, palästinensische Gefangene, die gegen israelische Geiseln ausgetauscht wurden, den Ex-Chef des israelischen Inlandgeheimdienstes und viele mehr.

Hamas – die Erschaffung eines Monsters von Sofia Amara, 54 Minuten, online unter rebrand.ly/hamas-doku

Weihnachtspäckli Schwarzarbeit bei DPD

Der Berner «Bund» weiss über die Lieferdienstbranche Interessantes zu berichten: Demnach kontrollierte die Berner Fremdenpolizei Ende Dezember «einen privaten Paketdienstleister» auf Schwarzarbeit – erstmals überhaupt! work weiss: Im Visier stand der Branchenriese DPD. Die Polizei fing vor seinem Verteilzentrum frühmorgens 40 Fahrer ab. Das Resultat: Fast alle Fahrer kamen aus Osteuropa, viele berichteten, bis zu 80 Stunden pro Woche zu arbeiten – für Subunternehmen und Dumpinglöhne. In sechs Fällen geht es mutmasslich um Schwarzarbeit, sechs weitere Fahrer hatten keine gültigen Papiere. Ein Verfahren wurde eröffnet. Den ganzen «Bund»-Bericht über die Grossaktion gibt es unter: rebrand.ly/DPD-Schwarzarbeit

work1x1 der wirtschaft

David Gallusser



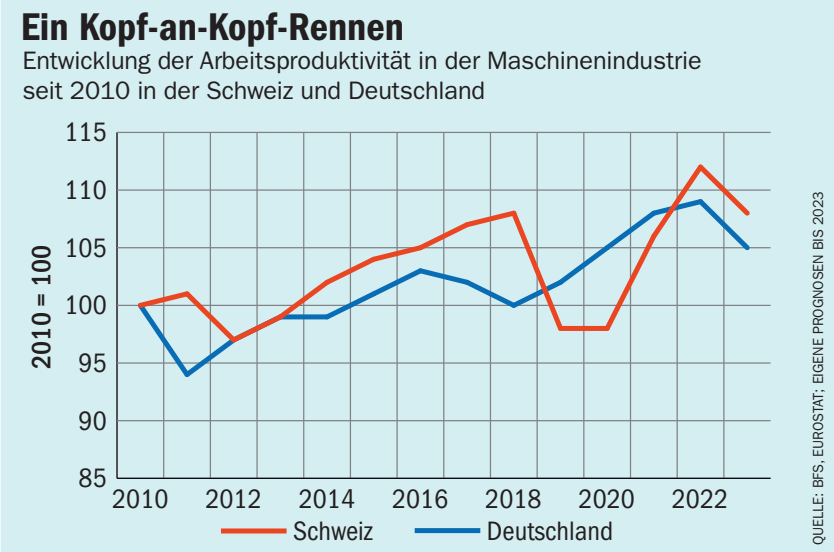
TEURER FRANKEN SETZT ARBEITNEHMENDE UNTER DRUCK

Noch nie war der Schweizer Franken so teuer wie heute. Für einen Euro bekommt man 94 Rappen. Das ist deutlich weniger als vor einem Jahr. Damals gab es für einen Euro noch einen Franken. Schweizerinnen und Schweizer im Ausland mag die Entwicklung freuen. Der Einkauf in Deutschland, der Espresso in Italien oder der Wein aus Frankreich bleiben trotz steigenden Preisen günstig.

IM GLEICHSCHRITT. Der Exportindustrie aber setzt der teure Franken zu. Das gilt vor allem für Unternehmen, die aus der Schweiz für europäische Kundschaft produzieren. Ihre Erlöse fallen meist in Euro an und haben neu in Franken weniger Wert. Das drückt auf die Margen. Viele Firmen in der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie haben sich zwar in ihren Nischen spezialisiert, was ihnen erlaubt, hohe Preise zu setzen. Trotzdem können auch sie nicht jeden Preis verlangen, um die Währungskosten auszugleichen.

Die Frankenteuerung wäre dann gerechtfertigt, wenn die Schweizer Industrie plötzlich viel produktiver geworden wäre als ihre Konkurrenz im Ausland. Sie könnte dann mit weniger Aufwand dasselbe produzieren, was ihr erlauben würde, die höheren Kosten des Frankens wegzustecken. Leider ist das nicht der Fall, wie die Maschinenindustrie zeigt. Die Beschäftigten bei Schweizer Maschinenbauern werden zwar stetig leistungsfähiger. Zuletzt legte ihre Produktivität nach Ende der Pandemie deutlich zu (siehe Grafik). Ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen stehen ihnen aber um nichts nach. Die Produktivität entwickelt sich beidseits des Rheins fast im Gleichschritt.

DRUCK AUF ARBEITNEHMENDE. Für die Arbeitnehmenden in den Exportbranchen steht viel auf dem Spiel. Die Arbeitgeber werden versuchen, den Kostendruck auf die Beschäftigten abzuwälzen. Bereits jetzt missbrauchen sie den Franken als Argument



gegen Lohnerhöhungen – obwohl sie oft noch genügend Spielraum haben und die Kaufkraft der Arbeitnehmenden leidet. Längerfristig werden sie versuchen, stärker im Euroraum zu produzieren, um künftig besser vor der schädlichen Währung geschützt

zu sein. Die Schweizerische Nationalbank ist deshalb gefordert. Sie muss die Aufwertung des Frankens auf Kosten der Beschäftigten stoppen.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).



Das offene Ohr

Gesetz: Unzulässige Fragen bei Ihrem Vorstellungsgespräch

Meine Schwester hatte letzte Woche ein Vorstellungsgespräch als Bibliothekarin. Dabei wurde ihr die Frage nach einem allfälligen Kinderwunsch gestellt. Darf der Vorgesetzte eine solche Frage stellen?

GILLES SCIBOZ: Nein. Die Firma muss mit geeigneten Fragen an die bewerbende Person herausfinden, ob sie sich für die ausgeschriebene Stelle eigne. Das heisst, dass nur Fragen im direkten Zusammenhang mit der ausgeschriebenen Arbeitsstelle zulässig sind. Fragen, die über diesen Rahmen hinausgehen, verstossen gegen das Obligationenrecht, wonach der Arbeitgeber nur diejenigen Daten über den Arbeitnehmer bearbeiten darf, soweit sie seine Eignung für das Arbeitsverhältnis betreffen. Fragen zur Gesundheit einer Bewerberin oder zu



VORSTELLUNGSGESPRÄCH: Sie müssen nicht auf alles antworten. FOTO: ADOBE STOCK

einer möglichen Schwangerschaft sind nur zulässig, wenn die zu erledigenden Aufgaben mit gesundheitlichen Problemen oder einer bestehenden Schwangerschaft unvereinbar sind. So ist es beispielsweise möglich, eine Bewerberin zu fragen, ob sie Rückenprobleme habe, wenn sie schwere Lasten tragen muss. Oder sich nach dem Verlauf einer Schwangerschaft zu erkundigen, wenn es sich um Nacharbeit, gefährliche oder anstrengende Arbeit handelt. Fragen nach dem früheren Gehalt, dem Familienstand, Vorstrafen (ausser Vorstrafen im Zusammenhang mit Vermögensdelikten für eine Person, die im Finanzbereich arbeiten soll, oder Drogen delikten, wenn in einem Krankenhaus mit Opiaten gearbeitet wird), Gesundheitsproblemen, der sexuellen Orientierung oder der Religion sind verboten. Der Kinderwunsch Ihrer Schwester steht in keinem direkten Zusammenhang mit den Aufgaben einer Bibliothekarin. Infolgedessen ist die Frage unzulässig. In diesem Fall darf Ihre Schwester vom sogenannten «Notwehrrecht der Lüge» Gebrauch machen und die Frage verneinen.

Geschenke: Was darf ich von Kundinnen und Kunden annehmen?

Mein Bruder arbeitet seit zwei Jahren als Jurist in einer Rechtsschutzversicherung. Nun hat ihm ein Kunde eine Uhr im Wert von 1000 Franken geschenkt. Seine Chefin ist der Meinung, dass er die Uhr abgeben müsse, da der Wert den im Firmenreglement festgelegten Wert von 100 Franken für Geschenke übersteige. Hat die Chefin Recht?

GILLES SCIBOZ: Ja. Gemäss geltendem Recht hat der Arbeitnehmer dem Unternehmen über alles, was er bei seiner geschäftlichen Tätigkeit geschenkt erhält, Rechenschaft abzulegen und ihm alles zu übergeben. Nicht unter diese Herausgabepflicht fallen Trinkgelder und Geschenke, die sich im üblichen Rahmen halten, da sie für den Arbeitnehmer und nicht für den Arbeitgeber bestimmt sind. Was mit Geschenken «im üblichen Rahmen» gemeint ist, kann ein Betriebsreglement festhalten. Im konkreten Fall gibt es gemäss Ihren Angaben ein solches Reglement. Wenn dort die Grenze von 100 Franken festgehalten ist, gilt dies rechtlich für ihn, und er muss die Uhr seinem Arbeitgeber abgeben.

Haben meine Ferientage ein

Mit dem Jahreswechsel stellen sich viele die Frage, was mit den angesammelten Überstunden und nicht bezogenen Ferientagen geschehe. work gibt Antworten auf die drängendsten Fragen.

MARIA KÜNZLI

Hans Fröhlicher hat im letzten Jahr viel gearbeitet. Und wenig Ferien gemacht. So hat er sich für 2024 einen Vorsatz gefasst: die verpassten Ferien möglichst bald nachholen und die Überstunden vom letzten Jahr abbauen. Doch geht das so einfach? Oder verfallen die nicht bezogenen Ferientage gar mit dem Jahreswechsel? Die wichtigsten Antworten:

Können Ferien verjähren?

Ja. Theoretisch. Ferien haben eine Verjährungsfrist von 5 Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt nach dem Ende des Jahres, in dem die Ferien hätten bezogen werden sollen. Diese Frist kommt aber kaum je zum Zug, da automatisch zuerst die ältesten Ferientage aufgebraucht werden – ausser der Chef oder die Chefin teilt Ihnen mit, dass ein anderes Ferienkontingent als das älteste verbraucht werden soll.

Können Überstunden verjähren?

Hier verhält es sich gleich wie bei den Ferien: Überstunden haben eine Verjährungsfrist von 5 Jahren. Werden Überstunden abgebaut, sei es mit einer Auszahlung oder mit Freitagen, betrifft das immer die ältesten vorhandenen Überstunden – sofern nichts anderes vereinbart wurde. So verjähren Überstunden nicht so rasch. Ob Überstunden mit Geld oder Freizeit oder gar nicht kompensiert werden können, hängt davon ab, was im Arbeitsvertrag vereinbart wurde. Steht dort nichts, müssen Überstunden mit einem Lohnzuschlag von 25 Prozent entschädigt werden. Kadermitarbeitende haben normalerweise keinen Anspruch auf Lohnzuschlag. Dies muss aber in jedem Fall im Arbeitsvertrag geregelt werden. Sie sind übrigens nicht grundsätzlich dazu verpflichtet, Überstunden zu leisten. Überstunden sind nur unter bestimmten Bedingungen erlaubt. Unter anderem müssen sie für den Betrieb notwendig

und für die Arbeitnehmenden zumutbar sein (hier gelangen Sie zum Gesetzesartikel: rebrand.ly/OGArtikel321c).

Was ist der Unterschied zwischen Überstunden und Überzeit?

Oft werden die Begriffe Überstunden und Überzeit verwechselt. Arbeiten Sie mehr als die vertraglich festgelegte Anzahl Stunden, handelt es sich bei der Zusatzarbeit um Überstunden, wenn Sie die gesetzlich vorgeschriebene Höchst-

Sie haben das Recht, Ihr Ferienguthaben aufzubrauchen.

arbeitszeit nicht überschreiten. Die wöchentliche Höchstarbeitszeit beträgt 45 Stunden für Arbeitnehmende in industriellen Betrieben, für Büropersonal, technische Angestellte und Verkaufspersonal in Grossbetrieben des Detailhandels. Für alle übrigen Arbeitnehmenden beträgt sie 50 Stunden. Mit Überzeit ist die Arbeitszeit gemeint, die die gesetzliche Höchstarbeitszeit gemäss Arbeitsgesetz überschreitet (rebrand.ly/ueberzeit). Überzeit und Überstunden unterscheiden sich dadurch, dass die Entschädigung für die Überstundenarbeit im Arbeitsvertrag gestrichen werden kann, die Entschädigung für die Überzeitarbeit nicht. In einigen Branchen wie zum Beispiel beim Büropersonal besteht eine gesetzliche Entschädigungspflicht aber erst bei einer Überzeitarbeit von mehr als 60 Stunden im Jahr.

Kann ich dazu gezwungen werden, alle Ferientage für das laufende Jahr zu beziehen?

Grundsätzlich ja. Oder anders gesagt: Sie haben das Recht, Ihr Ferienguthaben aufzubrauchen. Das Gesetz schreibt vor, dass Ferien in der Regel im laufenden Kalenderjahr zu beziehen sind. So wird sichergestellt, dass sich Ar-



WORKTIPP

ÜBERSTUNDEN AUFSCHREIBEN!

Es gibt in Ihrem Betrieb keine automatische Arbeitszeitkontrolle? Dann sollten Sie Ihre geleisteten Überstunden unbedingt aufschreiben (Datum und Art der Arbeit) und Ihre Arbeitgeberin oder Ihren Arbeitgeber monatlich per Mail über die Überstunden informieren. Wenn die Chefin oder der Chef auf dem Laufenden gehalten wurde und nicht eingeschritten ist, ist es einfacher, die Bezahlung der Überstunden einzufordern. Wenn die Vorgesetzten nicht über die Überstunden informiert wurden, gelten sie womöglich als nicht bewiesen, und Sie riskieren, leer auszugehen.

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer regelmässig erholen können. Es ist zwar erlaubt, vereinzelt Ferientage ins nächste Jahr zu verschieben, aber es müssen beide Seiten – Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen – damit einverstanden sein. Es kann sein, dass im Arbeitsvertrag geregelt ist, wie viele Ferientage ins neue Jahr überschrieben werden dürfen.

URLAUBSREIF: Das Gesetz stellt sicher, dass

Darf ich selber entscheiden, wann ich Ferien machen will?

Zuständig für die Bestimmung der Feriendaten ist laut Gesetz der oder die Arbeitgebende. Das bedeutet aber nicht, dass er oder sie Ihnen ohne Rücksprache vorschreiben darf, wann Sie Ferien machen sollen. Die Chefin oder der Chef muss auf Ihre Wünsche Rücksicht nehmen, sofern sie mit den Interessen des Betriebs vereinbaren sind. Gehen Ihre minderjährigen Kinder noch zur Schule, sollten Ihre Vorgesetzten darauf Rücksicht nehmen, dass Sie Ihre Ferien während der Schulferien beziehen können. Ausserdem müssen Sie pro Jahr mindestens zwei Wochen Ferien

Ferientagen und angehäuften Überstunden um Verfalldatum?

FERIEN UND JOBWECHSEL

BEZAHLT ODER NICHT?

Sie haben gekündigt und möchten den Betrieb schon vor Ablauf der Kündigungsfrist verlassen, weil Sie noch Ferien zugute haben und auf diese Weise die neue Stelle sofort antreten können? Das wird oft so gehandelt, auch wenn laut Gesetz die Ferien – wenn möglich – als Erholungszeit zu beziehen sind, was auch für die Zeit innerhalb der Kündigungsfrist gilt. Ihre Chefin oder Ihr Chef kann Ihnen den früheren Abgang verweigern, es müssen aber triftige Gründe vorliegen. Dürfen Sie die Arbeitsstelle nicht frühzeitig verlassen, müssen Ihnen die nicht bezogenen Restferien ausbezahlt werden.

AUSZEIT. Haben Sie Ihr Ferienguthaben aufgebraucht und legen zwischen zwei Jobs eine unbezahlte Auszeit ein, werden in dieser Zeit keine Sozialversicherungsbeiträge abgerechnet. Bei kurzen Pausen zwischen zwei Arbeitsverhältnissen ist das kein Problem. Bei längeren Sabbaticals sollten Sie bei der Ausgleichskasse einen IK-Auszug verlangen, auf allfällige Beitragslücken prüfen und für den Zeitraum der Auszeit die Beiträge für Nichterwerbstätige bezahlen. Beitragslücken wirken sich schmerzhaft auf die spätere Rente aus. Wichtig: Nachzahlungen sind immer nur für die letzten fünf Jahre möglich! (mk)

Sie dürfen nicht kurzfristig zu Ferien gezwungen werden.

chen werden. Diese muss aber klar definiert und sowohl im Arbeitsvertrag geregelt als auch in jeder Lohnabrechnung in Form von Franken oder Prozentsätzen deklariert sein. Wenn im Vertrag nur «Ferien im Stundenlohn inbegriffen» steht, ist das nicht zulässig.

Geld statt Ferien: Ist das erlaubt?

Grundsätzlich darf Ihr Betrieb keine Geldzahlung anstelle der Ferien anbieten. Die Ferien dienen laut Gesetz der Erholung und sollten demnach auch tatsächlich

bezogen werden. Ausnahmen dürfen bei Teilzeitarbeit mit unregelmässigen Pensen gemacht werden: Hier kann der Ferienanspruch mittels einer (prozentualen) Ferienentschädigung begli-

Überblick: Das sind die Gesetze und Verordnungen, die seit dem 1. Januar 2024 gelten viele neue Regeln im Gepäck

Überblick: Das sind die Gesetze Das neue Jahr hat

Vieles ist teuer geworden, manches schlechter, anderes besser: Das ändert sich 2024 für Sie – von AHV über Briefpost bis Visumspflicht.

MARIA KÜNZLI

AHV-REVISION. Seit Anfang 2024 ist die AHV-Revision in Kraft. Die Gewerkschaften und eine Mehrheit der Frauen hatten die Vorlage zwar bekämpft, doch an der Urne kam ein knappes Ja zustande. Mit der Reform wird das Rentenalter von Frauen mit Jahrgang 1961 und jünger schrittweise erhöht. Ab 2028 wird es für alle Personen bei 65 Jahren liegen. Neu können Frauen und Männer ihre erste Rente flexibel im Alter zwischen 63 und 70 Jahren beziehen. Frauen der sogenannten Übergangsgeneration (Jahr-

gang 1961 bis und mit 1969) können ihre erste AHV-Rente bereits mit 62 erhalten. Es ist neu möglich, erst mal nur einen Teil der Rente zu beziehen. Bei einem Vorbezug wird die Rente um 6,8 Prozent pro Jahr gekürzt. Für einen Aufschub gibt es pro Jahr 5,2 Prozent mehr. Für die Übergangsgeneration gelten tiefere Kürzungssätze. Welcher Ansatz für Sie gilt, können Sie auf der Website des Bundesamtes für Sozialversicherungen berechnen lassen: rebrand.ly/rente-kuerzungsansatz. Die Übergangsgeneration erhält einen Rentenzuschlag (rebrand.ly/rentenzuschlag).

BUNDESSTEUER. Neu gelten bei der Bundessteuer höhere Verzugs- und Vergütungsansätze: Wer für die direkte Bundessteuer eine Vorauszahlung leis-

tet, erhält neu einen Vergütungszins von 1,25 Prozent (bisher 0 Prozent). Wer die Zahlungsrückstände verpasst, muss 4,75 Prozent Verzugszins zahlen (bisher 4 Prozent). Ausserdem wurden die Abzüge bei einigen Positionen in der Steuererklärung erhöht. Alle Abzüge finden Sie hier online (rebrand.ly/bundessteuer-abzuege).

LOHN FÜR HAUSANGESTELLTE. Ein Tropfen auf dem heissen Stein, aber wenigstens etwas: Der Normalarbeitsvertrag für Haushaltsangestellte (NAV Hauswirtschaft) wurde wegen der Teuerung angepasst. Neu sollten ungelernete Angestellte, die mindestens fünf Stunden pro Woche in einem Privathaushalt arbeiten, einen Mindestlohn von 19.95 Franken pro Stunde (bisher 19.50) erhalten.

MEHRWERTSTEUERSATZ. 2024 wurden die Mehrwertsteuersätze erhöht (rebrand.ly/mehrwertsteuer). Die zusätzlichen Einnahmen kommen dem Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung zugute. So steigt die ordentliche Mehrwertsteuer von 7,7 auf 8,1 Prozent. Der reduzierte Satz, der zum Beispiel bei Nahrungs- und Futtermitteln oder in Restaurants zum Tragen kommt, steigt von 2,5 auf 2,6 Prozent.

KRANKENKASSE. Bisher durften die Krankenkassen Minderjährige betreiben, wenn ihre Eltern die Prämien nicht bezahlt hatten. Denn jede versicherte Person, egal welchen Alters, haftet für ihre Prämie persönlich. Die Änderung im Krankenversicherungsgesetz macht nun damit Schluss, und junge

Erwachsene können nicht mehr für Prämien betrieben werden, die vor dem 18. Altersjahr fällig waren.

BRIEFPOST. Das Briefeversenden ist teurer geworden: Der Standard-A-Post-Brief kostet neu 1.20 Franken (statt 1.10), und bei B-Post müssen Sie nun 1 Franken (statt 90 Rappen) hinblättern. Auch Pakete sind teurer geworden, hier finden Sie eine Übersicht: rebrand.ly/briefe-und-pakete.

VISUMSPFlicht KOSOVO. Neu müssen kosovarische Staatsangehörige kein Visum mehr beantragen, wenn sie für maximal 90 Tage in die Schweiz einreisen (Kurzaufenthalt). Ein biometrischer Reisepass genügt, wie bei allen anderen Schengen-Staaten auch.

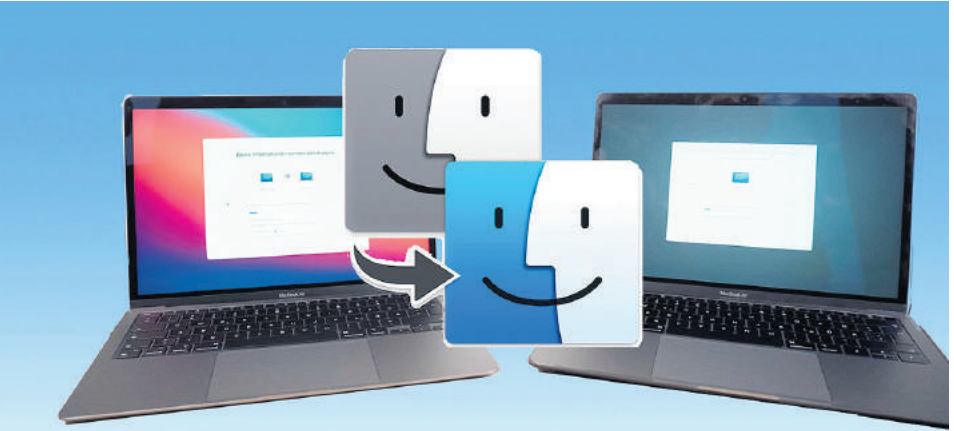
RADIO- UND TV-STEUER KEIN ENTRINNEN

Bisher mussten jene, die kein Radio- oder TV-Gerät besitzen, auch keine Radio- und TV-Steuer zahlen – sofern ihr Gesuch für Steuerbefreiung bewilligt wurde. Damit ist es nun vorbei. Seit 1. Januar 2024 müssen alle die Abgabe bezahlen. Fast alle. Ein paar wenige Ausnahmen bleiben, zum Beispiel Bewohner von Alters-, Pflege- oder Studentenheimen, Spitälern, alleinlebende Taubblinde sowie AHV- oder IV-Bezügerinnen mit Ergänzungsleistungen.

rebrand.ly/radio-und-tv

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



VON ALT AUF NEU: Diese Anleitung macht Mac-Nutzerinnen und -Nutzern das Zügeln ihrer Daten auf ein neues Gerät einfach. FOTO: PD

So zügeln Sie Ihre Daten auf einen neuen Mac

Wer einen neuen Computer kauft, will seine Daten meistens auf das neue Gerät übertragen. Auf Windows-PC ist kein entsprechendes Zügelprogramm vorinstalliert. Mac-Nutzer haben mit dem Migrationsassistenten aber eine praktische Hilfe.

SO FUNKTIONIERT'S.

Zunächst starten Sie den neuen Mac. Nach einigen Schritten erscheint der Titel «Migrationsassistent». Falls bereits ein Benutzerkonto existiert, finden Sie den Migrationsassistenten unter Programme / Dienstprogramme. Haben Sie ein Time-Machine-Backup auf einer externen Festplatte, schliessen Sie sie an den Mac an und wählen anschliessend, welche Daten übertragen werden sollen. Haben Sie kein Backup, verbinden Sie den alten und den neuen Mac. Das geht zum Beispiel mit einem Thunderbolt-Kabel (im Fachhandel erhältlich). Es reicht aber auch, wenn beide Computer im gleichen WLAN-Netzwerk angemeldet sind.

Nun öffnen Sie auch auf dem alten Rechner den Migrationsassistenten. Damit können Sie den Umzug nun durchführen. Meist müssen Sie erst zur Sicherheit einen Zahlencode eingeben. Schliesslich wählen Sie, welche Daten kopiert werden sollen. Falls das Benutzerkonto, das Sie kopieren wollen, kein Passwort hat, wird nun eines hinzugefügt. In diesem Fall unbedingt das Passwort aufschreiben, damit Sie es später auf dem neuen Mac eingeben und wieder ändern können. Der Kopiervorgang dauert von Time Machine oder vom alten Mac je nach Datenmenge wenige Minuten bis zu mehreren Stunden. Achtung: den Vorgang keinesfalls unterbrechen. Danach sollten alle Dateien und Programme wie gewohnt vorhanden sein. Falls bei Programmen eine Anmeldung nötig ist, müssen Sie sich eventuell erneut anmelden. MARC MAIR-NOACK

Reka-Ferienangebote Zeit für Meer

Sie wollen im neuen Jahr Familienferien buchen? Wir hätten da ein paar Ideen für Sie.

Spanien, Italien, Frankreich – egal, Hauptsache Meer? Die Schweizer Reisekasse (reka.ch) hat von Bungalows über Ferienwohnungen bis zu Hotels alles im Angebot. Wie wäre es zum Beispiel mit dem Hotel Laguna (rebrand.ly/spanien-hotellaguna) direkt am Strand auf Mallorca? Reka bietet ein Pauschalarrangement an inklusive Flug und Transfer für das Total-Sorglos-Paket.

FERIEN AUF RÄDERN. Wenn Sie lieber mit dem Car anreisen, ist Follonica in der Toscana eine gute Wahl für Familienferien. Zum Beispiel das Reka-Ferien-

resort Golfo del Sole (rebrand.ly/italien-golfodelsole) mit eigenem Sandstrand, beheizten Pools, Bars und Restaurants sowie Kinderbetreuung. Falls Sie eher der Camping-Typ sind: Reka bietet Zeltplätze in ganz Europa an, zum Beispiel das Camping 't Holland (rebrand.ly/holland-camping-t-hop). Das Slotermeer ist nur 500 Meter entfernt, und falls es draussen mal zu kalt ist, wartet drinnen das beheizte Hallenbad. Als Unia-Mitglied bekommen Sie übrigens 10 Prozent Rabatt auf alle Reka-Ferienwohnungen im In- und Ausland. Geben Sie bei der Onlinebuchung Ihre Mitgliedsnummer an, anschliessend zieht Reka den Rabatt automatisch ab. (mk)



workrätsel Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Für eine Auszeit vom Alltag: Das Restaurant «1910» ist mit einem Stern im Guide Michelin 2023 und 15 Gault-Millau-Punkten ausgezeichnet. Der Whirlpool im Garten bietet Entspannung pur, und der Blick auf den Eiger ist einfach atemberaubend.
www.belvedere-grindelwald.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 21/2023
Das Lösungswort lautete: LICHTERGLANZ



DEN PREIS, 400 Franken Reka-Card-Guthaben, hat gewonnen: Marcel Felber, Adliswil ZH
Herzlichen Glückwunsch!

allgemein-gütig			sehr starker Wind	Eislauf-sprung	TV-Festival (3 W.)			genet. Kopie	Lenden-stück v. Rind	Identi-tätskarte (Kw.)	Ich glaub, mich ... der Affe!		histor. Wurf-spiess	Mein Körper ist nicht dein ...!	Salz der Fluss-säure		dt. Vorsilbe	scherzh.: US-Soldat
Ethyl-alkohol		9						Datei (engl.)					Beweis-stück	6				
Augen-blick, im ...			eh. US-Leicht-athlet (Carl)		... Suisse kämpft für globale Fairness								leichte Beule		Wortteil: einheit-lich			
ausge-sucht, wertvoll								Teil der Kette		glattes Gewebe		Sammel-stelle						Papst-krone
					Wind-fächer		Tells Gegen-spieler							7	roter Edel-stein		zwei-stellige Zahl	
Kinder-buch-figur v. M. Kruse			Milch-organ der Kuh	karita-tiver Akt							4	Daten-träger (2 W.)		eh. Radrenn-fahrer (Bruno)				
bedauer-licher-weise			8				Angler-gruss: ... Heil!		bunte Tanz-show		Nobel-preis-trägerin: ... Goldin							
				schweiz. Pop-sänger	regel-mässiger Zeit-raum									Wasser-sportart		männl. Fürwort		
zusätz-lich	Stösse		bespre-chen, erörtern						10	Uner-bittlich-keit, Strenge		Figur bei Disney † (Löwe)					1	langes Halstuch kathol. Priester
Fuss-tastatur der Orgel					bieg-samer Stock		Schiffs-zubehör		Bein-kleider						13	Hühner-vogel		
		3	kleinste Teile der Wortbe-deutung	un-mensch-lich, brutal							neuster Bundes-rat: ... Jans		Halbton über F					
aus-schliess-lich			Bank-noten						12	Sinnes-organ		alt						
Miss Schweiz 2009 (Linda)					ugs.: sowieso		Doppel-konso-nant		grösstes Tasten-instru-ment		5				ge-schlos-sen		kurzer engl. Gruss	
Schmier-stoffe			NEIN zum Angriff auf das ...!									Quantum, Menge					2	
				männl. Anrede					11	Übrig-blei-bendes				schweiz. Gewerk-schaft				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 2. Februar 2024

INSERAT

Rückерstattung der Solidaritätsbeiträge in der Maschinenindustrie

Alle Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Vertragsfirma beschäftigt sind, erhalten auch für das vergangene Jahr von ihrem Arbeitgeber den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» ausgehändigt. Dieser wird in den meisten Firmen der Lohnabrechnung von Januar oder Februar beigelegt.

Bei diesem Dokument handelt es sich um ein «Wertpapier» welches bestätigt, dass für das vergangene Jahr der Solidaritätsbeitrag von 60 Franken vom Lohn abgezogen wurde. Unia-Mitglieder, die während des ganzen Jahres Mitglied waren und in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma gearbeitet haben, erhalten je nach Höhe ihres Unia-Mitgliederbeitrags eine Rückerstattung

zwischen 200 und 320 Franken
(Wenn die Mitgliederbeiträge höher als 370 Franken sind.)

- Bei Verlust des persönlichen «Ausweises Solidaritätsbeiträge» gibt es keinen Ersatz, d.h. keine Rückerstattung mehr!
- Bitte Ausweis bis spätestens 31.12.2024 einlösen!

Alle Unia-Mitglieder können den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» persönlich auf dem für sie zuständigen Unia-Sekretariat abgeben oder per Post zustellen (unbedingt Postscheck- oder Bankkonto angeben).

Bei Problemen unterstützt das zuständige Unia-Sekretariat in der Region/Sektion oder das Unia-Zentralsekretariat in Bern gerne.

Formular for 'Ausweis Solidaritätsbeiträge' (Solidarity Contribution Statement) for the year 2023. It includes fields for company name, address, and contact information, as well as a section for the employee to fill out. The form is bilingual (German and French) and includes a logo for UNIA.



UNIA



WORKLESERFOTO

Väterchen Frost
WANN 3. Januar 2024
WO Goms VS
WAS Raureif auf den Bäumen
Eingesandt von Walter Winkler, Thun

Gewinnen Sie 100 Franken!
Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»



WORKPOST



WORK 21 / 15.12.2023:
ARBEITEN AUCH AN HEILIGABEND
Daneben!
Völlig daneben! Vor allem für diejenigen, die dann arbeiten müssen! Zudem ist bei den meisten Menschen in der Schweiz im Geldbeutel immer weniger drin; da können wir an einem zusätzlichen Öffnungstag nicht wirklich mehr kaufen.

SABINE CALUORI, VIA FACEBOOK

Verblödung
Zum einen wissen die Menschen nichts mehr mit der Freizeit und den Kindern anzufangen. Und zum andern haben sie nur noch Shoppen, Handyschauen und dumme Sprüche auf Lager. Die Menschheit ist am Verblöden.

FRANZISKA RUTH HULLIGER, VIA FACEBOOK

Sie sollen ran
Diejenigen, die die Bewilligung erteilt haben, sollen an diesem Tag arbeiten gehen.

MARGRIT STAUB, VIA FACEBOOK

Respektlos!
Man könnte auch einfach mal dem Personal etwas gönnen. Wir werden sowieso wie Dreck behandelt und sollen für euch die Läden länger offen halten, auf Kosten unserer Freizeit? Viele haben das Gefühl, der Kunde sei König, und benehmen sich dann total daneben. Das ist einfach undankbar und respektlos.

HÜ LYA, VIA FACEBOOK

WORK 21 / 15.12.2023:
HEILAND ZAHNER, HIER STINKT ES ZUM HIMMEL!
Früher besser

Ich kenne diese Firma schon seit Jahren und habe früher sehr oft dort eingekauft. Seit aber der Juniorchef übernommen hat, ist die Qualität stetig schlechter geworden – nun weiss ich auch, warum. Diverse Male war der Fisch einfach nicht frisch. Schade, dass Bernhard Zahner die Firma seines Vaters so runterwirtschaftet und glaubt, er könne die Kunden und Mitarbeiter für dumm verkaufen.

DANIELA BREITENMOSER-JORDI, VIA WORKZEITUNG.CH

Das stinkt!
Da stinkt der Fisch vom Kopf.

WILLY HONEGGER, VIA FACEBOOK

Endlich alles offenlegen
Dann müsste man mal darüber nachdenken, das Gesundheitsamt und das Arbeitsamt vorbeizuschicken. Dann kann er nicht mehr behaupten, dass es nicht so war. Dann muss er alles offenlegen, und wir werden sehen, wer recht hat, die Mitarbeitenden oder Herr Zahner.

R. R., VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 21 / 15.12.2023:
LOHN-WEIHNACHTSWUNDER FÜR UNGARISCHE BÜEZER
Warum es die Unia braucht

Danke, Unia, für die sofortige Hilfe. Die Gewerkschaft ist wichtig.

MARGRIT DOBLER, VIA FACEBOOK

WORKZEITUNG.CH / 10.1.2024:
AM 3. MÄRZ KÖNNEN WIR GESCHICHTE SCHREIBEN
Eigentlich logisch

Man zahlt AHV ja auch auf dem 13. Monatslohn, oder? Warum nicht eine 13.AHV erhalten?

ROBERTA BLUMER, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns
Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an [work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16](mailto:redaktion@workzeitung.ch)

INSERAT



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Seit über 20 Jahren ist work die Zeitung der Arbeit. Wir geben Búezerrinnen und Búezern das Wort. Wir analysieren die Wirtschaft von unten. Und wir nennen freche Abzocker beim Namen, schreiben über mutige Belegschaften und kritisieren hemmungslose Manager. work erscheint in Print (Auflage: 65 000), im Web und auf Social Media. work gehört der Gewerkschaft Unia, arbeitet aber mit solider redaktioneller Freiheit.

Wir suchen ab sofort oder nach Vereinbarung eine:n

Digital-Redaktor:in mit Fokus auf Social Media (60–80%)

Sie interessieren sich für die Arbeitswelt aus Sicht der Arbeitnehmenden. Sie sind an politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen interessiert. Sie sind sprachlich versiert. Sie sehen in den Themen die Geschichten und bringen diese auf den Punkt.

Wir erwarten von Ihnen Berufserfahrung im Management und in der Produktion von Inhalten für Websites und Social Media. Sie haben einen journalistischen Hintergrund, ein breites Allgemeinwissen sowie Herzblut, Eigeninitiative und soziale Kompetenz. Als Digitalredaktor:in bei work gestalten Sie Beiträge für Social Media, kümmern sich um unsere Website und bringen sich redaktionell ein.

Wir bieten einen spannenden, verantwortungsvollen und vielseitigen Job in einem kleinen Team und für die Medienbranche überdurchschnittlich gute Arbeitsbedingungen. Arbeitsort ist Bern, Homeoffice möglich.

Interessiert? Dann schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen an bewerbung.be@unia.ch. Bei Fragen wenden Sie sich an Anne-Sophie Zbinden (031 350 24 18).

www.workzeitung.ch

Coop-Verkäuferin **Antonella Molle** (61) ist mit Herz dabei: An der Kasse und in der Gewerkschaft

«Ich kann gleichzeitig lifere und lafere»

Antonella Molle ist ein Urgestein: Seit über 40 Jahren arbeitet sie im Verkauf. Bis heute gefällt ihr der Kontakt mit der Kundschaft und die Arbeit an der Front. Diese würde auch ihren Chefs guttun, findet sie.

SARAH FORRER | FOTOS MICHAEL SCHOCH
Antonella Molle klopft sich energisch mit dem rechten Handrücken auf ihren linken Unterarm. Einmal, zweimal, dreimal. «Hier. Hier in meinen Adern fliesst Verkaufsblut», sagt sie und lacht tief und laut. Ihre braunen Augen leuchten hinter der markanten, grossen Brille mit Tigermuster. Seit über 40 Jahren arbeitet die 61jährige als Verkäuferin. Von Müdigkeit keine Spur. Im Gegenteil. «Ich stehe jeden Morgen gerne auf!»

Ihre Arbeitstage beginnen frühmorgens um halb sieben Uhr. In der Coop-Filiale in Wald im Zürcher Oberland räumt sie vor der Ladenöffnung die Regale im Eingangsbereich ein. Mit Salaten und Takeaway-Produkten. Etwas später folgen Blumen und Zigaretten. Wenn die Ladentüre geöffnet wird, setzt sie sich an die Kasse. Dort bedient sie täglich rund 400 Kundinnen und Kunden. Vor dem Wochenende oder einem Feiertag können es auch mal 600 sein. Dann flitzt ihre Hand nur so über den Scanstreifen. 4000 Produkte erfasst sie täglich.

Dabei sieht sie nicht etwa auf ihre Hände – «die können das Scannen auswendig» –, sondern den Kundinnen in die Augen. Die alte Dame, deren Mann vor kurzem gestorben ist. Der junge Buezer mit dem neugeborenen Baby. Oder das Ehepaar, das jeden Samstag seinen Wochen-einkauf gemeinsam erledigt. Die 61jährige Molle fragt nach, wie es gehe. Nimmt Anteil und hört zu. Oder macht einen dummen Spruch. «Ich kann gleichzeitig lifere und lafere», sagt sie. Vor allem ältere Menschen schätzen Molles Offenheit, ihre Energie, ihre Neugierde, ihr offenes Ohr. Kürzlich hat ihr eine ältere Dame eine Rose vorbeigebracht. Als Dank für ihre Arbeit. «Ich bin eine Verkäuferin der alten Schule. Der Kontakt mit Kundinnen und Kunden ist mir heilig!»

LIEBE ZUM ESSEN. Aufgewachsen ist Antonella Molle mitten in Zürich. Im Lochergut. Heute liegt es in einem hippen Quartier, damals war es eine Siedlung vor allem für Buezerinnen und Buezer. Ihr Vater war Chauffeur, starb vor über 50 Jahren. Ihre Mutter nähte für die grosse jüdische Gemeinde im Quartier.

Die Familie kam über die Runden. «Wir hatten nicht viel. Aber irgendwie ging es immer.» Oft stand sie in der Küche und schaute

der Mutter beim Kochen über die Schulter. Der Duft von frischen Kräutern und angebratenen Zwiebeln blieb haften. «Essen und Genuss waren bei uns immer wichtig. Da drücken die italienischen Wurzeln durch.»

Nicht zuletzt deshalb entschied sich die junge Antonella Molle für eine Verkaufslehre bei der damaligen EPA. Natürlich in der Lebensmittelabteilung: «Ich könnte keine Schuhe oder Parfums verkaufen. Für das Essen schlägt mein Herz.» Der Filialleiter nahm sie unter seine Fittiche. Er zeigte ihr den Laden. Begleitete sie während der Lehre und lehrte sie das genaue Hinsehen, Wahrnehmen und Reagieren. Jeder zufriedene Kunde sei die beste Werbung für das Geschäft, trichterte er ihr ein.

Nach der Lehre wechselte sie ins Büro. Als Telefonistin. Als Direktionsassistentin. Doch Sitzen hinter dem Computer, das war nicht ihres. «Das war wie eine Schlinge um den Hals», erinnert sich Antonella Molle. Erst im Laden, in den Leuten, im Treiben, in der Bewegung konnte sie wieder frei atmen. «Ich brauche das Leben um mich herum!»

SINN FÜR GERECHTIGKEIT. In den Jahren danach arbeitete sie sich durch die grossen Detailhändler. Von EPA über Migros bis zu Carrefour. Ein ständiger Begleiter: die Arbeitsbedingungen, tiefer Lohn, immer längere Arbeitszeiten, starke Hierarchien. 2003 trat sie deshalb in die Unia ein. Ihren grössten Erfolg in der Gewerkschaft feierte sie 2005. Damals arbeitete sie bei Carrefour. Sie



half mit, die Missstände in ihrer Filiale aufzudecken. Gezieltes Mobbing, willkürliche Verwarnungen und sexuelle Übergriffe kamen ans Tageslicht. work berichtete unter dem Titel «Wildwest bei Carrefour». Der Ladenleiter musste gehen, Mittätern wurde gekündigt. Antonella Molle: «Das hat mir gezeigt, dass sich das Kämpfen lohnt.»

Bis heute gehen der Zürcherin Ungerechtigkeiten gegen den Strich. «Diejenigen, die im Büro arbeiten, haben oft keine Ahnung, wie es an der Front zu- und hergeht. Da liegen Welten dazwischen.» Am Computer lassen sich einfach Dinge bestimmen: Personal abbauen, zusätzliche

Aufgaben einplanen, Arbeitszeiten verlängern. Ausbaden müssten es dann die Leute im Verkauf.

Auch die schlechte Bezahlung macht sie hässig: «Schau: Im Jahr 1978 verdiente ich rund 2000 Franken. Heute habe ich nur wenig mehr als das Doppelte – obwohl die Mieten, die Heizkosten, das Leben ungleich teurer geworden sind. Das ist doch eine Frechheit!» redet sie sich in Rage und streicht sich die kurzen Haare aus dem Gesicht. Von wo nimmt Antonella Molle mit ihren 61 Jahren nur die Energie? «Ich bin ein altes Schlachtross», sagt sie und lacht laut auf. Man glaubt es ihr aufs Wort.



ANTONELLA MOLLE ESSEN UND REISEN

«Ich nähe gern, ich koche gern, ich lese gern, ich kümmere mich um meine Enkeltochter – und ich liebe das Meer!» sprudelt es aus Antonella Molle raus. Könnte sie sich einen zweiten Beruf aussuchen, wäre es Reiseleiterin. Und zwar nicht irgendwo: in Ägypten. «Im Tal der Könige, da blüht mein Herz auf. Kairo ist eine einzigartige Stadt. Und die Geschichte des Landes ist einmalig.»

EXPERTIN. Erst vor einem Jahr war die 61jährige Zürcherin mit ihrer Tochter dort. Im Museum wusste sie viele Antworten schneller als der Experte. «Da hat meine Tochter grosse Augen gemacht», erinnert sie sich. Nur mit den ägyptischen Spezialitäten aus Reis, Linsen und Fleisch wird sie nicht warm. «Beim Essen bin ich durch und durch Italienerin!»

AN DER FRONT: Dort, wo die Waren sind und sich die Kundschaft bewegt, fühlt sich Antonella Molle am wohlsten.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, Sarah Forrer, David Gallusser, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold. Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.